

hatte, der, von französischen Truppen in der Nähe von Berlin aufgefangen, eine furchtbare Waffe in der Hand des Kaisers geworden war. Am 21. September traf die Unglückskunde in Königsberg ein. Noch war dem König eine Frist von dreißig Tagen gelassen, um die Unterschrift seines Bruders zu beglaubigen. Stein selbst wollte das alte Spiel fortsetzen, den Vertrag genehmigen und heimlich den Krieg gegen Frankreich vorbereiten. Aber die militärischen Reformer Scharnhorst, Gneisenau, Grolman, auch Schön traten ihm entgegen; sie wollten einen Volkskrieg nicht mit diplomatischen Finten beginnen; nach ihrer Meinung sollte der Vertrag vom König nicht genehmigt, sondern einer Volksvertretung vorgelegt und so der nationale Kampf eingeleitet werden. Jedoch als sie diesen Protest erhoben, waren die Würfel längst gefallen; der König hatte aus Angst vor Napoleon den Vertrag unterzeichnet, aber aus Angst vor Stein und auch wohl aus Scham vor den militärischen Reformern in aller Heimlichkeit.

Der Zar hat dann in Erfurt noch einige Milderungen des Vertrags veranlaßt. Die Höhe der Kontribution wurde auf 120 Millionen herabgesetzt, die Zahlungsfristen wurden etwas verlängert, auch die Verpflichtung zum Kriege gegen Oesterreich ermäßigt.

6. Ein Sieg der Junker.

In den Septembervertrag hatte Napoleon in letzter Stunde noch einen Paragraphen gefügt, worin dem preussischen König geboten wurde, keinen aus seinen abgetretenen Provinzen gebürtigen Beamten zu behalten. Der Paragraph war auf Stein gemünzt, von dem Napoleon irrigerweise annahm, er stamme aus den linkselbischen Provinzen, die Preußen im Tilsiter Frieden abgetreten hatte.

Es ist begreiflich, daß der französische Kaiser gegen Stein aufgebracht wurde, als er durch den aufgefangenen Brief hinter das Doppelspiel des preussischen Ministers kam. Gleichwohl meldete der Zar bei seiner Rückkehr aus Erfurt, Napoleon verlange nur, daß Stein die Auswärtigen Angelegenheiten abgebe; die innere Verwaltung könne er behalten. Damit stimmte nun aber wieder nicht die Mächts-erklärung, die Napoleon gegen Stein erließ, als dieser entlassen war; sie atmete einen glühenden Haß des allmächtigen Herrschers gegen den nunmehr ohnmächtigen Gegner.

Die Lösung des anscheinenden Räthfels ergibt sich daraus, daß Napoleon, an dem die spanischen Ereignisse auch nicht spurlos vorübergegangen waren, die Insurrektionspläne Steins nicht dadurch fördern mochte, daß er kategorisch die Entlassung Steins forderte. Und zwar um so weniger, als er sicher sein durfte, daß ihn die preussischen Junker der Mühe überheben würden, seine Rache an Stein zu fühlen. Er wußte am besten, daß er unter dieser edlen Klasse einen starken und zu jedem Verrat willigen Anhang besaß, und er wird auch von seinen Behörden in Berlin erfahren haben, wer sie auf den Kurier geheßt hatte, der den verhängnisvollen Brief Steins nach Dobberan bringen sollte. Stein selbst wußte es auch; er hat stets die Königsberger Junker dieser echt adligen Handlung geziehen.

In dem Oktoberedikt und der Februarverordnung war Stein den junkerlichen Interessen weit entgegengekommen; er hatte seiner Bauernfreundschaft weit größeren Zwang angetan als seiner Adelsfreundschaft. Seitdem hatte er an

agrarischen Reformen nicht allzubiel vor sich gebracht: er hatte den Domänenbauern in Ost- und Westpreußen unentgeltlich echtes Eigentum an ihren Höfen verliehen und den Mühlenzwang beseitigt, eine der ärgsten feudalen Blackereien, die der bäuerlichen Bevölkerung das notwendigste Lebensbedürfnis verteuerte. Seitdem Stein früher, als zu erwarten stand, den Kampf gegen Frankreich ins Auge faßte, war er noch mehr geneigt, die Junker zu schonen; er brauchte den Adel notwendig für diesen Kampf, und in seinen Landsturmplänen spielte die „Luftschelung“ der Bauern durch die Gutsherren eine große Rolle.

Für solche Erwägungen war aber kein Raum in den Herzen der ostelbischen Junker. Sie bekämpften das Oktoberedikt, so günstig es ihnen war, mit einem wilden Hass: die Einschränkung des Bauernlegens, die die Februarverordnung immerhin noch enthielt, war ihnen unerträglich, und ebenso unerträglich das Aufhören des Zwangsgesindeendienstes, der mit der Erbhuntertänigkeit fiel. Da sie in allen Behörden saßen und auf ihren Gütern Gerichtsbarkeit und Polizei verwalteten, so war es ihnen ein leichtes, das Oktoberedikt ganz zu verschweigen oder unausgeführt zu lassen. Dreist und gottesfürchtig, wie diese Klasse immer ist, suchte sie die Bauern sogar mit neuen Diensten und Lasten zu beschweren, und wenn diese sich dagegen sträubten, riefen die Junker französisches Militär zu Hilfe, bis ihnen dies patriotische Beginnen durch die gesalzenen Rechnungen der Helfer verleidet wurde.

Speziell über die schlesischen Junker, die es am ärgsten trieben, schrieb Kanzler Schrötter, der Justizminister, an Stein: Es sind nicht die Untertanen, sondern die Gutsherren, die das Oktoberedikt grundsätzlich mißverstehen; es ist kein Wunder, daß die erbitterten Gemeinden tumul tuieren; es sind die Gutsherren, die eigentlich bestraft werden müßten; sie treiben die Bauern zur Verzweiflung. Und dennoch mußte Schrötter keinen anderen Rat, als daß man den Junkern durch eine neue Gesindeordnung den Zwangsgesinde dienst wieder verschaffen solle; dieser würdige Güter des Rechtes meinte, der Gesindezwang habe dieselbe sittliche Berechtigung, wie der Schulzwang.

Damit kam er aber bei Stein an den Unrechten. Auch hier zeigte sich, daß die historische Bedeutung Steins mehr in seinem Charakter als in seiner Intelligenz lag. Unter allen preußischen Ministern, die je gelebt haben, ist er der einzige gewesen, der sich durch das Schreien der Junker nicht einschüchtern ließ, sondern, wie es sich gebührt, auf einen Schelmen anderthalbe setzte. Wollten die Junker das Oktoberedikt beseitigen, so wollte er es nun erst recht durchsetzen. Er lehnte deshalb den Vorschlag des Kanzlers Schrötter mit kurzen Worten ab und beschloß, zunächst die Gerichtsbarkeit und die Polizei der Junker auf ihren Gütern zu beseitigen als das unbequemste Hindernis für die Durchführung des Oktoberedikts. Über die Köpfe der beiden Schrötter hinweg befahl er den radikalsten Räten des Provinzialdepartements, Frieße und Morgenbesser, einen entsprechenden Gesekentwurf auszuarbeiten. Diesem Schlage wären aber andere gefolgt. Gerade auch der Haß Steins gegen Frankreich, der ihn zu einer schonenden Behandlung der Junker zwang, trieb ihn doch auch wieder gegen die Junker vorwärts. Sollten die Fesseln der Kriegskontribution zerrissen werden, so mußte die Steuerfreiheit der Junker fallen, und schon hatte Stein für Ostpreußen eine Einkommensteuer durchgesetzt. Sollten die Bauern gegen Frankreich marschieren, so mußten die „wider sinnigen“ Jagdgesetze beseitigt werden, die den Untertanen verboten, Waffen zu führen.

Auch kannte Stein, seitdem er in Königsberg lebte, die ostelbischen Junker gut genug, um, soweit es auf sie ankam, von seiner Vorliebe für den Adel kuriert zu werden. In dem bösen scheuen Wolfsblick der Bauern sah er die Spuren der Schandtaten, die die Junker seit Jahrhunderten an ihnen verübt hatten. Selbst für die ständische Verfassung, die er plante, sah er in dieser Klasse einen Krebs schaden. Er meinte: „Der Adel im Preußischen ist der Nation lästig, weil er zahlreich, größtenteils arm und anspruchsvoll auf Gehälter, Ämter, Privilegien und Vorzüge jeder Art ist. Eine Folge seiner Armut ist Mangel an Bildung, Notwendigkeit, in unvollkommen eingerichteten Kadettenhäusern erzogen zu werden, Unfähigkeit zu den oberen Stellen, wozu man durch Dienstalter gelangt, oder Drängen des Brotes halber nach

niedrigen, geringfügigen Stellen. Diese große Zahl halbgebildeter Menschen übt nun ihre Anmaßungen zur großen Last ihrer Mitbürger in ihrer doppelten Eigenschaft als Edelleute und Beamte aus. Man verringere also die Zahl der Edelleute, man hebe den armen Adel auf. Das Übergewicht eines Standes über seine Mitbürger ist nachtheilig, ist eine Störung der öffentlichen Ordnung, und man schaffe es ab.“ Eine Schilderung, die nach mehr als hundert Jahren noch keineswegs den Eindruck eines verstaubten Bildes macht.

Mit solchen Plänen war Stein den Junkern bis in den Tod verhaßt geworden, und um ihn zu stürzen, war ihnen jedes Mittel recht, zumal auch ihre Lieblingswaffe, die heimtückische Intrige. Indem sie jenen verhängnisvollen Brief Steins an die französischen Behörden denunzierten, hatten sie schon ein gut Teil der Arbeit getan: es galt jetzt in Königsberg nachzubahren und die Entlassung Steins beim König zu betreiben.

Hier fand ihre Saat einen gut vorbereiteten Boden. Der König hatte jetzt das Übergewicht über seinen Vändiger, dem er sofort die Auswärtigen Angelegenheiten abnahm. Mehr noch als durch die Person fühlte er sich durch das Amt Steins bedrückt. Stein hatte nun auch die Reform der Bureaucratie durchgeführt, wegen deren er nach Jena so hart mit dem König aneinandergeraten war. Die Kabinettsregierung, in der einige Schreiber unter dem Schutze des königlichen Namens regierten, während die Minister in das Schattendasein unmaßgeblicher Verater gedrängt waren, hatte ihr Ende gefunden. Es bestand ein Ministerium (Auswärtige Angelegenheiten, Inneres, Finanzen, Justiz und Krieg), an dessen Vortrag der König gebunden war; nur im Übergangsstadium verwaltete Stein die drei ersten Ressorts zusammen.

Stein wollte damit nicht den modernen Konstitutionalismus anbahnen, wie man oft übertreibend gesagt hat. Es war der Stolz des Reichsfreiherrn, der sich vor Jena gegen die heimliche Regierung der Kabinettsräte aufgelehnt hatte; das souveräne Recht des Monarchen, seine Minister nach seiner Wahl zu ernennen, hat Stein niemals bestritten. Aber indem er die Minister zu öffentlich verantwortlichen Werk-

zeugen des königlichen Willens machte, stärkte er ihre Macht auch gegenüber dem König, der diese Einschränkung seiner allerhöchsten Willkür ihrem Urheber nie verzeihen hat. Während Stein in späterer Zeit in unverdient günstiger Weise von dem König sprach, hat dieser Sammermann nach Steins zweiter Entlassung ihn ebenso bei dem französischen Gesandten verflatscht, wie nach der ersten Entlassung beim französischen Kaiser selbst.

Nun wankte aber auch die Stütze, die Stein bisher gegenüber dem König an der Königin gehabt hatte. Schlecht erzogen und mangelhaft unterrichtet, war die Königin Luise ein lustiges Kind, kokett und oberflächlich, aber gutmütig und im letzten Grunde doch liebenswürdig, so daß Alexander v. Humboldt sie wohl zu scharf beurteilt hat, wenn er sagte, sie sei äußerst selbstsüchtig, verschlagen und versteckt gewesen. Der oft gehörte, jedoch von ihr selbst stets bestrittene Vorwurf, daß sie durch ihren Einfluß auf den König den Krieg von 1806 veranlaßt habe, scheint in der That hinfällig zu sein. In den Tagen des Glückes wurde sie von den tausend höfischen Nichtigkeiten beansprucht, in den Tagen des Unglücks hat sie sich freilich mit der Politik beschäftigt, aber nur, soweit ihre Lustbarkeiten dadurch gestört wurden. Auf Stein hatte sie anfangs ihre Hoffnungen gesetzt in einer Art abergläubischer Zuversicht, daß dieser Wundermann nun alles wieder zum besten kehren werde, und ihm die Wege zu bahnen gesucht.

Stein aber hatte sie schnell erkannt; er betrachtete sie, wie der Biograph der Königin Luise klagt, als eine Fennelette, ein Weiblein, auf deren Schwächen seine tatkräftige Herrennatur geringschätzig herabsah. Das ist richtig, aber es ist falsch, Steins Abneigung damit zu begründen, daß seiner ersten Würde das Verständnis für die Anmut und Liebenswürdigkeit der Königin gefehlt habe. Gerade Männer von so ausgesprochen männlichen Eigenschaften, wie Stein besaß, sind den Frauen, die Kopf und Herz auf dem rechten Fleck haben, immer sympathisch, wie ihnen solche Frauen; Steins Leben war reich an echten Frauenfreundschaften. Wenn er also auf die Königin geringschätzig herabsah, als auf eine Fennelette, so lag das nicht an seinem mangelhaften Verständnis für

weibliche Naturen, sondern eben nur daran, daß die Königin wirklich nicht mehr war.

Ihr Unwille gegen Stein begann schon zu erwachen, als der Minister die verschwenderische Hofhaltung einschränkte, die noch immer in den Tag hineinlebte, als wäre alles beim alten. Während der Hungertod durch die Massen jagte, begann die Königin zu jammern, sie müsse von der Luft leben, mittags gebe es nur vier, abends nur drei Gerichte. Vollends verdarb es Stein mit der Königin, als er eine prunkhafte Vergnügungsreise hindern wollte, die sie im Herbst des Jahres 1808 plante, um ihren „einzigen Alexander“, wie sie den Zaren zu nennen pflegte, in Petersburg zu besuchen. Diese Reise zeugte von einer beschämenden Würdelosigkeit; der „einzige Alexander“ hatte im Frieden von Tilsit seinen preußischen Bundesgenossen aufs schändeste verraten und eben jetzt, bei der Zusammenkunft in Erfurt, von neuem sein Bündnis mit dem „Teufel“ besiegelt, in dessen eiserner Faust der preußische König aufs jämmerlichste zappelte. Auf seiner Rückkehr von Erfurt hatte der Zar seine Einladung an das preußische Königspaar erlassen, das sich nach der Ansicht Steins und übrigens auch seiner Mitreformer moralisch und politisch gleich arg bloßstellen mußte, wenn es diese echte Vasallenfahrt unternahm.

Es kam hinzu, daß kein Geld da war, die ansehnlichen Reisekosten zu bestreiten. Der Plan, für diesen Zweck Gelder anzulegen, die dem verheerten Ostpreußen gehörten und für die Wiederherstellung dieser Provinz bestimmt waren, mochte nach dem Geschmack der Königin sein, aber Stein war dafür unter keinen Umständen zu haben. So war er denn der Stein des Anstoßes für die Sehnsucht der Königin nach ihrem „einzigen Alexander“; die Wohnung ihrer Oberhofmeisterin, der durch sechzigjährigen Hofdienst korrumpierten Gräfin Bock — Stein nannte sie ein Urbild und eine Urquelle alles Gemeinen und Blatten, Gneifenau aber kürzer und noch unhöflicher ein altes Weib von üblem Rufe — wurde das Hauptquartier der gegen Stein gerichteten Intrigen. Zum Hauptwerkzeug aber ihrer Umtriebe wählte die Königin den Staatsrat Nagler, den Stein, Schön, Bohn und selbst der milde urteilende Scharnhorst als eine

gemeinpffiffige, zu jedem Schuhspußerdiensst bereite Canaille schildern, ein Urteil, das Nagler später durch seine Briefdiebstähle als preußischer Generalpostmeister und durch seine Demagogenerfolgungen als preußischer Gesandter am Bundestag vollauf als richtig bestätigt hat. Mit diesem verächtlichen Menschen ließ sich die Königin in die größte Intimität ein, um ihn gegen Stein zu hetzen. Wie weit sie darin ging, zeigt schon die Tatsache, daß sie nach dem Sturze Steins ihre an Nagler gerichteten Briefe zurückforderte, zeigt noch mehr die Tatsache, daß Nagler sich weigerte, diese Dokumente herauszugeben, zeigt am schlagendsten die Tatsache, daß dieser dreiste Hohn ihm nicht nur ungenossen hinging, sondern auch seine preußische Beamtenkarriere keineswegs gehindert hat.

So, von allen Seiten umstrickt, mußte Stein fallen, und man hat ihm selbst von befreundeter Seite den Vorwurf gemacht, das schändliche Spiel allzulange ertragen zu haben; er hätte mindestens gehen müssen, als der König hinter seinem Rücken den Septembervertrag mit Frankreich genehmigt hatte. Indessen wenn Stein allzulange gezögert haben sollte, so geschah es aus dem ehrenwerten Grunde, daß er wenigstens noch die wichtigste seiner Reformen unter Dach und Fach bringen wollte.

7. Die städtische Reform.

Der Verfall des altpreussischen Staates wurde nicht zuletzt, sondern selbst in erster Reihe dadurch verschuldet, daß es in ihm keine Städte gab. Keine Städte im historischen Sinne des Wortes; die Gemeinwesen, die sich so nannten, waren zur einen Hälfte Domänen und zur anderen Hälfte Garnisonen.

In den mittelalterlichen Städten hatte ehemals der Handel das Kaufmanns- und Wucherkapital gesammelt, das die Manufaktur schuf, den Ausgangspunkt der modernen industriellen Entwicklung, zu der das zünftige Handwerk aus sich selbst heraus nicht zu gelangen vermochte. Die Städte wurden so die Haupthebel der politischen und sozialen Umwälzungen, durch die sich im westlichen Europa der Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit vollzog. In ihnen war jener dritte Stand vertreten, aus dessen Kampf mit dem feudalen Adel sich die moderne Monarchie und der moderne Staat, die Zentralisation der Verwaltung, das stehende Heer, ein ergiebiges Finanzsystem entwickelte.

Östlich der Elbe fehlte diese Entwicklung oder kam doch nicht über kümmerliche Ansätze hinaus. Zwar waren auch an diesen Landesteilen die ökonomischen Umwälzungen des Reformationszeitalters nicht spurlos vorübergegangen; sie hatten aus dem ritterlichen Grundherrschaften einen warenproduzierenden Gutsherrn gemacht. Je mehr sich die westeuropäische Geldwirtschaft entfaltete, um so mehr wurden das östliche Deutschland und Polen die „europäischen Speicher“, die Kornkammern für Spanien, Frankreich, Flandern, England. Allein jene Entwicklung der nationalen Produktion, die im westlichen Europa zur unumgänglichen Vorbedingung des historischen Fortschrittes wurde, vollzog sich hier nicht; sie wurde dadurch abgeschnitten, daß die getreideproduzierenden Grundherren auch den ganzen Getreidehandel an sich rafften und die Handelskapitalien in einem luxuriösen Leben verzehrten, statt sie in gewerblicher Produktion anzulegen.

Die klassische Stätte dieser Erscheinung war Polen, in dessen Geschichte sich von Jahrhundert zu Jahrhundert ver-

folgen läßt, mit welcher raffinierten Konsequenz die Junker den Getreidehandel monopolisiert und die städtische Entwicklung im Keime erstickt haben. Daß Polen am Mangel eines dritten Standes untergegangen ist, gehört ja auch zu den landläufigsten Behauptungen der bürgerlichen Geschichtsschreibung, in der die Tatsache freilich nur in irgendwelcher ideologischen Verkleidung aufzutreten pflegt, am liebsten in der Form, daß keine Nation ohne die herrlichen Tugenden der biederen Bürger bestehen könne. Nicht so offen wird jedoch zugestanden, daß sich die Dinge in den preussischen Stammländern ganz ähnlich zugetragen haben; auch hier rafften die Junker den Getreidehandel an sich und trieben, wie der Landesherr einmal sagte, eine „ihrem Stande mißständige Kaufmannschaft und Nahrung“. Sie ließen sich nicht einmal am Handel genügen, sondern warfen sich auch auf den Gewerbebetrieb, monopolisierten zum Beispiel für sich die Bierbrauerei, in widerrechtlicher Ausdehnung ihres Vorrechtes, für ihren eigenen Bedarf steuerfrei Bier zu brauen. Sie umgingen so die Bierzölle, die auf dem platten Lande wie in den Städten erhoben werden sollte, aber tatsächlich nur in den Städten erhoben wurde, deren Gewerbebetrieb dadurch arg ins Hintertreffen geriet gegenüber dem junkerlichen Gewerbebetrieb. Und nun gar die Akzise, ein wahrer Rattenkönig indirekter Steuern, die gegen das Ende des siebzehnten Jahrhunderts eingeführt, jedoch nur in den Städten erhoben wurden, erstickte Gewerbe und Handel in den Städten, während sie Gewerbe und Handel der Junker völlig frei ließ.

Die Landesherren haben gegen diese Auspömerung der Städte sich wohl gelegentlich aufgelehnt, aber ohne dauernden Erfolg, zumal da sie selbst die größten Grundbesitzer waren und somit den größten Anteil an der junkerlichen Beute erhaschen konnten. Um aus der Akzise möglichst viel herauszuschlagen, verstaatlichten sie die ganze Stadterhaltung, und um die Kosten des stehenden Heeres möglichst tief herabzudrücken, verlegten sie ihre Bataillone und Schwadronen in die Städte. Der Garnisonchef und der Steuerrat waren die Gebieter, denen die städtischen Behörden gänzlich unterworfen wurden.

Im ostelbischen Deutschland vollzog sich dieser Prozeß der Entartung nicht so schnell wie im benachbarten Polen, da die deutschen Städte immerhin seit den Tagen der Hanse mehr zuzusehen hatten. Aber er vollzog sich doch unaufhaltsam, und es ist die beste Tat Steins gewesen, daß er ihm zu steuern unternahm. Sein eifrigster Helfer dabei war der Königsberger Polizeidirektor Frey, dem es wohl zu danken ist, daß manche Gedanken der französischen Revolutionsgesetzgebung in die preußische Städteordnung aufgenommen worden sind. Jedenfalls hat aber Stein nichts dagegen eingewandt; man kann seiner Städteordnung kein besseres Kompliment machen, als daß die heutige Städteordnung, diese berühmte Urkunde bürgerlicher Selbstverwaltung, nur ein verkümmertes Abbild von ihr ist.

Stein war kein unbedingter Gegner der Zünfte; er hat sie nur für die Ernährungsgewerbe aufgehoben, für die Mülerei, Bäckerei, Schlächtereier und Hüterei; die Befugnis, seine ersten Lebensbedürfnisse sich selbst zu bereiten, wollte er dem Volke wiedergeben. Aber die Herstellung oder den Verkauf von Getränken, Brauereien, Schankwirtschaften, Konditoreien rechnete er schon nicht mehr zu den Ernährungsgewerben. Sie blieben zünftig ebenso wie die Schneider, Schuhmacher, Kürschner, Maurer, Zimmerleute, Tischler, Schlosser, Klempner, Drechsler, kurzum alle sonstigen Gewerbe.

Um so mehr ist anzuerkennen, daß Stein einem Gemeindegesetz der französischen Revolution die Bestimmung entnahm, daß die Wahl der Stadtverordneten, in denen sich die städtische Verwaltung konzentrieren sollte, nicht nach Korporationen, Ordnungen und Zünften erfolgen dürfte, sondern daß die stimmsfähigen Bürger lediglich als Mitglieder der Gemeinde zu wirken hätten. Beschränkt war das Wahlrecht allerdings durch einen Zensus, aber er war nicht drückend. Jeder Bürger hatte das aktive und passive Wahlrecht, der entweder auf städtischem Grund und Boden angelesen war oder je nach der Größe der Stadt ein Jahreseinkommen von 150 bis 200 Talern hatte. Ein solches Einkommen war selbst für Fabrikarbeiter erschwinglich, und ein eigenes Häuschen besaß damals fast jeder Bürger. Immerhin hat Stein in seiner Städteordnung das allgemeine Wahlrecht nicht ge-

währt, dafür aber das geheime und das gleiche Wahlrecht, das die Korporationen der Selbstverwaltung inzwischen vertrödelt haben.

Die Einwände, die gegen das geheime und gleiche Wahlrecht heute noch erhoben werden, waren damals schon gang und gäbe. Stein hat sich von ihnen nicht beirren lassen. Zwar forderte er zuerst die öffentliche Abstimmung aus einem Grunde, der für die damalige Zeit sich hören ließ. Er meinte, daß der ängstliche und verschüchterte Pfahlbürger sich an das Gefühl der Verantwortlichkeit vor der öffentlichen Meinung gewöhnen müsse. Aber er ließ sich durch Frey belehren, daß die öffentliche Abstimmung zum Korruptionsmittel der Reichen und Vornehmen werden würde, und er verzichtete darauf.

Der also gewählten Stadtverordnetenversammlung wurde ein weit bemessenes Feld der Wirksamkeit angewiesen: die Angelegenheiten der städtischen Rammerei (Ankauf und Veräußerung von Immobilien, außerordentliche Steuern, Anleihen, Prozesse); dazu die Sachen der Armen, der Schulen, der Sicherheits-, Reinigungs- und Gesundheitspolizei. Der Magistrat sollte der Stadtverordnetenversammlung völlig untergeordnet sein; er wurde von ihr als rein städtische Behörde gewählt, so daß sich auch das Bestätigungsrecht der Regierung auf die formale Frage beschränkte, ob die Wahl richtig vollzogen sei. Jede Sonderstellung des Militärs wurde beseitigt; es sollte wie jedemann der Polizei unterworfen sein und als Organ der Polizei nur auf deren Requisition und nicht anders als im äußersten Notfall gebraucht werden. Für gewöhnlich sollte die Bürgerschaft selbst die Exekutive der Polizei sein unter dem Namen der Schützengilde.

Hierbei geriet die Städteordnung freilich in eine Zwischmühle. In den unruhigen Zeiten, wo sie entstand, hieß es geradezu eine Prämie auf das Verbrechen setzen, wenn man die Sicherheitspolizei auf das städtische Weichbild einengte, aber es hieß auch die städtische Selbständigkeit im Keime gefährden, wenn man einen bürokratischen Polizeichef in sie setzte. Altenstein sagte ganz richtig, eine neue Städteordnung bedürfe zu ihrer Ergänzung einer neuen Organisation des Polizeiwesens, aber dazu ist Stein nicht mehr

gekommen. In einem großen Teil der Städte behielt der Staat die Polizei in der Hand, was der neuen Städteordnung beträchtlichen Abbruch tat.

Sie litt aber noch an einem großen Übelstand, den sie nicht aus der französischen Revolution, sondern aus dem preussischen Landrecht übernahm, der Unterscheidung zwischen Bürgern und Schutzverwandten. Das städtische Bürgerrecht war zwar nicht allzu schwer zu erlangen, schon gegen eine Gebühr von ein paar Talern, aber verpflichtet zu seiner Erwerbung waren nur diejenigen Bewohner der Stadt, die ein Haus besaßen oder ein konzessionspflichtiges Gewerbe trieben. So bestand die städtische Bürgerschaft überwiegend aus Handwerkern, denen die Praktiken der Zunft noch in allen Gliedern steckten, und die gebildeten Elemente der bürgerlichen Klassen waren viel zu eingebildet, um sich mit Gebatter Schneider und Handschuhmacher auf dieselbe Bank zu setzen. Daran trug auch Stein einen Teil der Schuld; bei seinem Gasse gegen die „Schreiber“ mochte er gar keine „Offizianten“ in den Stadtverordnetenversammlungen sehen; er wollte sogar den Justizkommissaren, wie man damals die heutigen Rechtsanwälte nennt, direkt den Eintritt verbieten.

Man hat gesagt, daß Stein gerade deshalb zum Schöpfer dieser Städteordnung geeignet gewesen sei, weil er keine städtischen Beziehungen gehabt habe. Rein noch so liberaler Bürgermeister hätte die Sache gleich gut gemacht. Es hätte ein Reichsfreiherr dazu gehört, dem der Magistrat ebenso wenig am Herzen gelegen hätte wie die Stadtverordnetenversammlung. Diese Ansicht enthält unzweifelhaft einen richtigen Kern; es läßt sich sogar ein urkundlicher Beweis für sie führen: Franz Ziegler, vielleicht der liberalste und auch zugleich fähigste Bürgermeister der vormärzlichen Zeit, hat es geradezu einmal ein Unglück genannt, unter der Städteordnung Steins mit Kommunalangelegenheiten befaßt zu sein. Immerhin, wenn er seine Unterordnung unter die Stadtverordnetenversammlung peinlich empfand, so war er doch unbefangen genug, seinen Unwillen gegen die unglückliche Unterscheidung zwischen Bürgern und Schutzverwandten zu richten, durch die gerade die zurückgebliebensten Elemente der Bürgerschaft die Stadtverordnetenversammlungen über-

schwemmen, so daß allerdings die Städteordnung von 1808 auf Jahrzehnte hinaus an dem bisherigen Stande der Dinge nicht so sehr viel geändert hat. Die Städte sind durch sie keine Schranken der Junkerherrschaft geworden; nicht nur im Falle Zieglers haben sie ihre tüchtigsten Leute dem Gasse der Junker geopfert.

Mag es deshalb richtig sein, daß kein noch so liberaler Bürgermeister den weiten Blick Steins gehabt und das zwar noch eingeengte, aber deshalb nicht karg bemessene Wahlrecht der Bürger zum Triebrad der städtischen Entwicklung gemacht hätte, so ist es doch auch richtig, daß der Reichsfreiherr noch eine mittelalterliche Scheuklappe trug und das Vorbild der französischen Revolution, die mit einem besonderen städtischen Bürgerrecht überhaupt ausgeräumt hatte, in einem entscheidenden Punkte nicht nachzuahmen wagte. Die „friedliche und gesekliche Reform“ hat immer den Schalk im Nacken.

Fünf Tage nach dem Erlaß der Städteordnung erhielt Stein seine Entlassung. Die ihn hätten ersetzen können, die Scharnhorst, Gneisenau, Schön, waren durch den Haß der Junkerpartei von seiner Nachfolge ausgeschlossen, allein ein ausgesprochenes Junkerkabinet lag auch nicht im Interesse dieser Partei. So fiel Steins Erbschaft an ein Ministerium der Mittelmäßigkeiten, das nicht reformfeindlich erschien, aber unfähig auch für die kleinste Reform war. Das Innere erhielt ein Graf Dohna, die Finanzen Altenstein; die Energie beider war so gleich Null, daß Stein sich entschloß, unter Scharnhorsts und Schöns Zustimmung einen alten Widerfacher, den ehemaligen Kabinettsrat Beyme, der wenigstens ein kräftiger Mann war, für das Justizministerium zu empfehlen. Der König willigte gern ein, vermutlich mit einem angenehmen Nittel seines Gottesgnadendünkels; um Beyme im Kabinet zu behalten, hatte er ehemals Stein fortgejagt; jetzt, da er Stein zum zweitenmal entließ, empfahl ihm dieser denselben Beyme als Leiter der preussischen Rechtspflege. Die Auswärtigen Angelegenheiten erhielt ein Graf Goltz, der sich gegenüber den französischen Behörden überaus weich gezeigt, aber in seinen gegen Stein gerichteten Intrigen einige Ausdauer bewiesen hatte. Nur in dem neu eingerichteten Kriegsministerium blieb die Reform, oder doch in seiner

einen Hälfte, wo Scharnhorst mit Gneisenau, Grolman und Bohen schaltete; die zweite Hälfte, das sogenannte Ökonomie-departement, erhielt ein reformfeindlicher Paradegeneral.

Den scheidenden Stein aber grüßten zwei Salutsschüsse, die ihn über die königliche Klüglichkeit erheben konnten. Am 26. November schrieb der General York, ein Urjunke, jedoch kein boshafter und feiger Höfling, sondern in seiner Art ein Mann: „Ein eigensinniger Kopf ist schon zertreten; das andere Ratterngeschmeiß wird sich in seinem eigenen Gifte selbst auflösen.“ und am 13. Dezember erließ Napoleon aus seinem „kaiserlichen Lager“ in Madrid folgendes Dekret: „Der p. p. Stein, der Unruhen in Deutschland zu erregen sucht, wird für einen Feind Frankreichs und des Rheinbundes erklärt. Die Güter, die besagter Stein, sei es in Frankreich, sei es in den Ländern des Rheinbundes besitzen sollte, werden mit Beschlag belegt. Persönlich wird besagter Stein überall, wo er von unseren oder unserer Verbündeten Truppen erreicht werden kann, verhaftet.“ Solche Ehre hatte Napoleon noch keinem seiner Widersacher erwiesen.

8. Der Krieg von 1809.

Auf der Zusammenkunft in Erfurt war das Bündnis zwischen Kaiser und Zar noch einmal erneuert worden. Alexander bekam diesmal eine feste Anweisung auf Finnland und die Donaufürstentümer, während er an seinem Teil den neuen König von Spanien anerkannte. Aber die Risse im Bau waren damit nur notdürftig verklebt. Vor allem weigerte sich der Zar, gemeinsame Sache mit Napoleon gegen Österreich zu machen; er versprach zwar seine Hilfe, aber jeder von beiden Teilen wußte, daß diese Hilfe nur eine Scheinhilfe sein werde. Auch in Wien ließ Alexander darüber keinen Zweifel. Immerhin wirkte die Erfurter Schaustellung abkühlend auf den österreichischen Kriegseifer ein, und Napoleon gewann dadurch die Zeit, in einem raschen Feldzug den spanischen Aufstand niederzuerwerfen, soweit das mit regulären Truppen möglich war.

Im Januar 1809 hatte er die Hände frei, zur selben Zeit, wo das preußische Königspaar in Petersburg weilte und mit überschwenglichem Brunke vom Zaren gefeiert wurde. Die Reise hatte die üblen Folgen, die Stein und die Reformer von ihr gefürchtet hatten. Sie drückte vor aller Welt das Siegel auf die preußische Vasallenschaft, machte den König hochbeintiger und verbohrt in der inneren, haltloser und schwächer in der äußeren Politik. Der Zar spielte mit ihm ein verschlagenes Spiel. Er hätte es ganz gern gesehen, wenn Preußen sich mit Österreich verbündet hätte, aber er wollte nicht das geringste Risiko übernehmen, wenn die Sache schief ging. So versagte er jede Hilfe und jeden Schutz für den Fall, daß der preußische König sich mit Napoleon überwerfen würde. Aber er meinte dann auch wieder, schließlich werde alle Nachgiebigkeit nichts helfen, und für Rußland werde es kein Schade sein, wenn Preußen an einem Kriege gegen Frankreich teilnehme. Diese Orakel machten den König, der an sich schon die leidhaftige Unentschlossenheit war, völlig wirr.

So hatten denn Scharnhorst und seine Gehilfen, die zum Kriege drängten, einen schweren Stand. Ihrem rastlosen Eifer war es gelungen, ein Heer in der Höhe, wie der Septembervertrag gestattete, unter die Waffen zu stellen; Scharnhorst hoffte sogar, es durch die Krümper und mit englischem Gelde bis auf 100 000 Mann zu bringen. Da der Septembervertrag die Aufstellung jeder Milizformation verbot, so wollte Scharnhorst die allgemeine Wehrpflicht durch das Heer selbst verwirklichen. Bei der geringen Zahl der Rader sollte die Dienstzeit abgekürzt werden, damit alle Waffenfähigen ausgebildet werden könnten; er schlug 22 Monate vor, denn so lange Zeit waren bei der bisherigen Verpflichtung zu zwanzigjähriger Dienstzeit die kantonpflichtigen Soldaten bei der Fahne gehalten worden (drei Monate zur ersten Ausbildung und dann je einen Monat im Jahre zur Exerzierzeit). Allein der König lehnte zum zweitenmal die allgemeine Wehrpflicht ab, und Scharnhorst hatte die größte Mühe, sich gegen die unausgesetzten Intrigen und Verdächtigungen der altpreussischen Camaschenknöpfe auf seinem Posten zu erhalten. Allein er hielt aus, obgleich Sneytenau und Grolman im Frühjahr 1809 des grausamen Spiels müde wurden und den preussischen Dienst verließen.

Unterstützt wurde Scharnhorst nicht sowohl als geschädigt, wenigstens in den Augen des Königs, durch die kriegerische Stimmung, die sich in allen preussischen Provinzen und über sie hinaus im nördlichen Deutschland kundgab. Sie erklärt sich durch die furchtbaren Erpressungen der Franzosen; nach der Berechnung eines preussischen Historikers, die vielleicht etwas übertrieben sein mag, aber sich sicherlich nicht weit von der Wahrheit entfernt, sind der preussischen Bevölkerung allein in den beiden Jahren der französischen Okkupation über 1100 Millionen Franken abgepreßt worden, eine für die damalige Zeit und den Umfang der preussischen Provinzen wahrhaft ungeheuerliche Summe. Dies ist eben die eine Seite der Sache, die man nie aus den Augen verlieren darf, wenn man den Kampf gegen die französische Fremdherrschaft mit historischer Gerechtigkeit beurteilen will. Solche Mißhandlungen hält kein Volk aus, ohne endlich zu den Waffen zu greifen, mag der Mißhandelnde von den herrlichsten Ab-

sichten für die Freiheit und den Frieden der Völker beseelt sein. Derselbe große Denker, der zehn Jahre früher in den erobernden Franzosen die letzten Retter der deutschen Gedankenfreiheit gesehen hatte, rief jetzt mit erschütternden Worten zum Kampfe gegen sie auf.

Freilich, wie unklar in sich diese volkstümliche Bewegung noch war, zeigt sich, sobald man gerade ihre gewaltigsten Kundgebungen nebeneinanderstellt, Kundgebungen, die heute noch zu den Pierden der deutschen Literatur gehören: Fichtes Reden an die deutsche Nation und die Gedichte Heinrich v. Kleists. Bei Fichte groß und weit gespannte Menschheitsziele, die es, wenn der Kampf nicht um sie ginge, als gleichgültig erscheinen ließen, ob ein französischer Marschall, an dem wenigstens früher begeisternde Bilder der Freiheit vorübergegangen seien, oder ein deutscher aufgeblasener Edelmann ohne Sitten und mit Noheit und frechem Übermut über einen Teil von Deutschland gebiete. Bei Kleist dagegen ein dämonisch blinder Haß, der noch ganz im Bannkreis der Klasse lebte, die mit Noheit und frechem Übermut die schmachlichste Niederlage verschuldet hatte, der das Urbild der deutschen Helden in den cheruskischen Urwäldern suchte, der die Ruhe des Erdreichs nicht eher gesichert wähnte, als bis die Stadt der Revolution ganz zerstört sei und nur noch eine schwarze Fahne von ihrem öden Trümmerhaufen wehe. Und auf niedrigerer Stufenleiter derselbe Gegensatz zwischen den religiösen Mahnungen des feingebildeten Schleiermacher zu Buße und Einkehr, um freie Bahn zu schaffen gegen das Böse, und den rohen Volkereien des Banaußen Zahn, der aus Elsaß-Lothringen und den Rheinlanden eine künstliche Wilbnis schaffen und mit reißenden Tieren bevölkern wollte, um die Vergiftung der keuschen und nüchternen Germanen durch die frivolen und liederlichen Franzosen zu hindern.

Zu einer kräftigen Organisation brachte es die Bewegung nicht. Der vielgenannte Jugendbund verdiente den Hohn Kleists so wenig wie den Argwohn der französischen Späher. Es gehörten ihm tapfere Männer an wie Boyen und Grolman, aber er zählte nur wenige hundert Mitglieder, die von den ängstlichen Behörden viel mehr bedrängt wurden, als sie irgend jemanden bedrängen konnten. Die kühnste Tat ging

von einem einzelnen aus, dem Major Schill, der sich bei der Belagerung Kolbergs durch feste Streifzüge hervorgetan hatte und dadurch sehr populär geworden war. Er rückte am 28. April 1809 mit seinen Husaren aus Berlin aus, auf eigene Faust, unter Bruch seines Fahneneids, aber der Zuzug blieb aus, auf den er gehofft hatte; er fand nach einigen Irrfahrten seinen Tod in den Straßen von Stralsund. Ebenso scheiterten einige Erhebungen im Königreich Westfalen. Der Minister Volk, der sich in Berlin aufhielt, schrieb zwar nach Königsberg: „Wenn der König länger zaudert, so wird unfehlbar eine Revolution ausbrechen,“ aber er war dabei von allzu großer Gespensterfurcht geplagt. Die Revolution brach nicht aus, obgleich der König nicht zu bewegen war, den Krieg an Frankreich zu erklären; auch nicht nachdem Oesterreich im April mit einem Nachdruck begonnen hatte, der keinen Zweifel an dem Ernst seiner Absichten ließ.

Was der König verlangte, ehe er das Schwert zog, war die Neutralität des Zaren, die nicht zu haben war, und waren bedeutende Erfolge des österreichischen Heeres, zu denen es auch nicht kam. Der Erzherzog Karl verlor in diesem Kriege den Ruf, den er sich in früheren Feldzügen erworben hatte; er zeigte sich dem französischen Kriegsmeister nicht entfernt gewachsen, und trotz aller Tapferkeit der Soldaten verlor er eine Position nach der anderen. Selbst der angebliche Sieg, den er am 21. und 22. Mai bei Aspern gewonnen haben sollte, ist nur eine unentschiedene Schlacht gewesen, die mehr noch als seine Niederlagen die Unfähigkeit des Erzherzogs bewies; seine Lage in dieser Schlacht war so günstig, daß er mit nur einzigem Talent den Gegner hätte vernichtend schlagen können. In den ersten Julitagen erlitt er bei Wagram die Niederlage, die dem Kriege ein Ende machte, wenn die Friedensverhandlungen sich auch noch bis zur Mitte des Oktober hinzogen.

Währenddem war die Wage in Preußen in heftigem Schwanken auf und nieder gegangen. Nicht nur die Reformen, nicht nur das mittelmäßige Ministerium Dohna-Altenstein, sondern auch altpreußische Junker hatten sich für den Krieg an der Seite Oesterreichs entschieden, und es hatte zeitweise auch den Anschein, als ob der König sich zu diesem Entschluß

auffassen würde. Es war den Franzosen nicht verborgen geblieben, wie stark die Kriegsströmung war; Napoleon wagte nicht, das Sülzkorps einzufordern, das ihm Preußen gemäß dem Septembervertrag in dem Kriege gegen Oesterreich zu stellen verpflichtet war. Zur Zeit der Schlacht bei Aspern waren die Kontributionszahlungen an Frankreich eingestellt und eine Rüstungskommission eingesetzt worden unter der Leitung Scharnhorsts. Doch die Bewegung, die zum Kriege trieb, erschreckte den König mehr, als daß sie ihn mit sich fortrieb, namentlich als ihm ein Junker v. Krodow eingeblasen hatte, die Reformen, mit Scharnhorst an der Spitze, beabsichtigten, ihn vom Thron zu stoßen und den Prinzen Wilhelm an seine Stelle zu setzen. Die unglaubliche Ueberheit der Denunziation wurde zwar sofort aufgedeckt, doch auch jetzt war der König schwer zu beruhigen; Prinz August, einer seiner Bettern, der gemeinsam mit den Berliner Behörden eine Vorstellung für den Krieg an den König gerichtet hatte, wurde mit derben Worten an seinen beschränkten Untertanenverstand zurückgewiesen.

Im einzelnen dies Hin- und Hertaumeln des Königs zu verfolgen, hat keinen Zweck, da im ganzen sich immer dasselbe ergeben mußte: die Unfähigkeit, einen entschiedenen Entschluß zu fassen. Einen Teil der Schuld trug freilich auch die österreichische Regierung, die den Wünschen der preußischen Kriegspartei anfangs viel zu lässig entgegenkam, dann aber nach dem Scheinsieg von Aspern einen hochmütigen Ton anschlug, der auch nicht geeignet war, ein Bündnis zu fördern. In Oesterreich wie in Preußen erwies sich die Volksbewegung nicht stark genug, um einen nationalen Krieg zu entzünden, der Deutschland vor der von Osten nicht minder als von Westen drohenden Fremdherrschaft gesichert hätte, und gar die deutschen Staaten, die den Rheinbund bildeten, stellten die Kerntuppen des Heeres, mit dem Napoleon die Schlachten des Krieges von 1809 schlug.

Die heldenhafteste Episode dieses Krieges waren die Tiroler Kämpfe, sie haben wie der spanische Aufstand mächtig auf die Zeitgenossen eingewirkt und auch in der preußischen Heeresgeschichte ihre Spuren hinterlassen. In Tirol hatte die bayerische Bureaukratie die mittelalterliche Ordnung zu

modernisieren gesucht, jedoch mit so tölpelhaftem Ungeschick, daß sie der Bevölkerung mit den empfindlichsten Not- und Übelständen beschwerlich fiel. Dagegen erhoben sich die tirolischen Bauern, Jäger und Hirten, und nicht für den habsburgischen Doppeladler oder die heilige Religion; insofern war ihr Kampf revolutionär, auch wenn er unter dem Feldzeichen dynastischer Treue und unter der Führung eines zwar bigotten, aber volkstümlischen Klerus ausgefochten wurde.

Mein im historischen Sinne des Wortes war der Kampf in Tirol doch nur eine reaktionäre Episode. Die Tiroler Kämpfer hatten es nicht mit einer absterbenden, sondern mit einer aufsteigenden Zivilisation zu tun; sie besaßen nichts von der jugendlichen Kraft, die sich mit festem Wagemut in den brausenden Strom der Geschichte wirft, sondern sie wollten nur den engen Winkel, worin sie hausten, von diesem Strome absperrern. Mit Recht hat Hebbel trotz all seiner schwarzgelben Loyalität gesagt, der Aufstand der Tiroler, so heldenmütig er gewesen sei, mache wohl einen rührenden, aber keinen erhebenden Eindruck. Rührend, aber nicht erhebend sei „diese kindliche Unwissenheit, die von dem großen historischen Prozeß der Zeit nicht das mindeste ahne, ja die nicht einmal die geographischen und statistischen Verhältnisse der Länder kenne und sich für die Ewigkeit gegen ganz Europa mittels des Stuhens hinter ihren Bergen und Felswänden behaupten zu können glaube“. Und selbst der rührende Eindruck drohte zu schwinden, wenn man sah, wie die siegreichen Tiroler von den feigen Lücken der Wiener Hofburg sich ins Verderben jagen ließen; wer auch nur einen Funken revolutionären Geistes besitzt, läßt sich nicht so übertölpeln.

Napoleon war sehr schlecht beraten, als er Andreas Hofer, den Führer der Tiroler Erhebung und in seiner frommen Einfalt wie in seiner ungestümen Tapferkeit ihren klassischen Typ, standrechtlich erschießen ließ. Dieser Blutzuge hat sich in den nächsten Jahren wieder und wieder gegen ihn erhoben, wie auch die Schatten der Offiziere Schills, die ebenfalls auf dem Sandhaufen starben. Mehrere französische Generale, und darunter Napoleons eigener Stieffohn, hätten Hofer gern gerettet, jedoch als ein Bahnbrecher der bürgerlichen Zivilisa-

tion mußte Napoleon zeigen, daß am letzten Ende auch diese Zivilisation auf brutaler Gewalt beruht. Wir haben ähnliches erlebt in dem Kriege von 1870/71, wo Bismarck seine Tischgäste in Versailles durch bersekerhafte Ausbrüche des Bornes darüber erwiderte, daß die deutschen Soldaten den gefangenen Franktireurs nicht das Schicksal Andreas Hofers bereiteten, sondern in ihnen die tapferen Kämpfer achteten.

Mit demselben Gleichmut, wie der österreichische Kaiser Franz seine getreuen Tiroler der Rache des Siegers preisgab, opferte er seine Tochter dem Begehren des französischen Kaisers; noch ehe Andreas Hofer erschossen wurde, verlobte sich die Erzherzogin Marie Luise mit Napoleon. Einem gleichen Werben des gekrönten Plebejers hatte sich der Zar gewandt entzogen, und so frei von sentimentalern Erwägungen beide Teile waren, der Kaiser Franz nicht weniger als Napoleon, so war die Familienverbindung wenn auch nicht entfernt die Ursache, so doch ein beredtes Anzeichen einer veränderten Politik. In Wien mußte der Minister Stadion, der, ein Jugendfreund Steins, auch so etwas wie ein Reformminister sein wollte, dem kaltblütig gerissenen Diplomaten Metternich weichen, einem geschworenen Gegner aller liberalen und nationalen Bestrebungen, und der österreichische Aufschwung des Jahres 1809 nahm ein trübseitiges Ende.

Nicht wenig trug dazu bei, daß die Not aufhörte, mit unerbittlichem Zwange zu wirken. In dem Wiener Frieden vom 14. Oktober 1809 mußte Österreich zwar noch immer gehörig bluten; es verlor zweitausend Gebiertmeilen mit etwa vier Millionen Einwohnern. Aber es behielt seine Stellung als Großmacht; es brauchte nur 85 Millionen Kriegskontributionen zahlen, bei aller finanziellen Zerrüttung des Staates doch eine leichte Last, verglichen mit den ungeheuren Summen, die das so viel ärmere und kleinere Preußen nach dem Frieden von Tilsit an Kontributionen, Lieferungen, Verlust an Staatseinkünften aufzubringen hatte und noch immer aufbringen mußte. Wenn jetzt die österreichischen Generale und Minister nach einer näheren Verbindung mit Frankreich trachteten, wovon die Vermählung Napoleons mit einer österreichischen Erzherzogin das äußere Anzeichen war, so konnte es halbwegs noch immer ein Bündnis von Gleich zu Gleich

sein, und sie durften sich mindestens auf einen Grund für diese Politik vom Standpunkt ihrer Staatsräson aus berufen: auf die Sorge um die russischen Eroberungspläne.

Der Zar hatte sein Versprechen gehalten und als Verbündeter Napoleons in Galizien nur einen Scheinkrieg geführt, der den Österreichern nicht wehe tat. Aber dem französischen Kaiser hatte er doch noch einen größeren Dienst geleistet, indem er die preussische Kriegspartei lähmte; dafür erhielt er einen etwas fargen Lohn. Die ehemals polnischen Landesteile, die Österreich im Wiener Frieden abtreten mußte — Gebiete, die die russischen Truppen eben in ihrem Scheinkrieg besetzt hatten —, mit anderthalb Millionen und den wichtigen Plätzen Zamosc, Lublin und Krakau überwies Napoleon dem Herzogtum Warschau; den Zaren fand er nur mit einem dürftigen Brocken aus der Beute ab, dem Larnopoler Kreis mit 400 000 Einwohnern. Es war dazu ein Danaergeschenk, das der Zar durchaus nicht begehrt hatte; vor den Augen der Welt sollte Alexander als dienstwilliger Helfer belohnt werden, für Dienste dazu, die er gar nicht geleistet hatte. Sein Einspruch aber gegen die reichen Zuwendungen an das Herzogtum Warschau fertigte Napoleon mit dem kaum noch verhüllten Sohne ab: Dankbarkeit, die notwendigste Tugend eines Menschen, und Rücksicht auf die Ehre, das höchste Gesetz für ihn, machten ihm zur Pflicht, eine Bevölkerung, die sich einmütig für ihn erhoben habe, nicht an die österreichische Herrschaft zurückzugeben. An die Wiederherstellung eines polnischen Reiches denke er deshalb nicht.

So rechnete Österreich nicht ohne Grund auf den Zerfall des französisch-russischen Bündnisses. Die betrogenen Betrüger von Tilsit begannen sich die Zähne zu zeigen.

9. Das westfälische Bulletin.

In Preußen waren die militärischen Reformer auf einen Verzweiflungskampf gefaßt, als der Frieden zwischen Frankreich und Österreich geschlossen wurde. Sie dachten nicht anders, als daß der schwer gereizte Napoleon über ihren Staat herfallen würde, sobald er wieder freie Hand hätte. Die Einstellung der Kontributionszahlungen gab ihm sogar eine formelle Handhabe dazu, wenn er deren überhaupt bedurft hätte.

Aber noch waren die Dinge nicht reif für einen entscheidenden Gang mit Rußland, der nicht mehr zu vermeiden war, wenn Napoleon die russische Brustwehr vernichtete. So begnügte er sich zunächst damit, den preussischen König in festen Gewahrjam zu nehmen; er befahl dessen Rückkehr nach Berlin, wo Friedrich Wilhelm zwischen den Elbe- und Oderfestungen mit ihren französischen Besatzungen wie die Fliege im Neze der Spinne saß. Um die Jahreswende von 1809/10 kehrte das preussische Königspaar in die Hauptstadt zurück, um sich in seiner traurigen Nichtigkeit zu offenbaren, indem es ein gleichendes Hofleben begann.

Nicht nur Reformer, wie Gneisenau, sondern auch Junker, wie York, wurden dadurch tief erbittert, und trotz der devoten Sprache der damaligen Zeitungspressen vermochte doch ein Hamburger Journal nicht seine „Verwunderung“ darüber zu unterdrücken, daß sofort nach der Rückkehr des Königspaares in den Berliner Zeitungen ein Publikandum erschien über Courtage, Hofsähigkeit, Präsentation, Hofkleidung usw., daß zwei neue Klassen des roten Adlerordens, dazu ein Allgemeines Ehrenzeichen in zwei Klassen gestiftet und sonstige höfische Kinkerlitzchen getrieben wurden, die als blutiger Hohn auf die entsetzliche Not der Massen erschienen. Und während die militärischen Reformer die äußerste Kraft anspannten, um ein schlagfertiges Heer zu schaffen, verträdelte der König die wenigen Mittel für elende Paradespielereien, so daß der erbitterte Gneisenau schrieb: „Nur Krieg, harter Krieg und Entbehrungen können diese Menschen umschaffen.“

Wäre die Peitsche des Eroberers nur auf die legitimen Rücken gefallen, so hätte Gneisenau schwerlich über die „Freiheit des Rückens“ geschrieben.

Es war eine doppelsträhige Peitsche, die nunmehr vorwärts trieb. Unter dem Ministerium Dohna-Altenstein waren die Reformen, die Stein begonnen hatte, in völliges Stocken geraten. Die preussische Herrlichkeit geriet dadurch in einen verhängnisvollen Schatten gegenüber dem Königreich Westfalen, das Napoleon auf dem westlichen Elbeufer gegründet und seinem jüngsten Bruder Jerome übergeben hatte. Zum größten Teil bestand dies Königreich aus ehemals preussischen Landesteilen; es sollte nach Napoleons Absicht durch die propagandistische Kraft einer modernen Gesetzgebung eine Hauptstütze seiner Herrschaft über Deutschland werden und wurde es auch, trotz aller liederlichen Lebensgewohnheiten des neugeborenen Königs. Wie einst beim Oktoberedikt das Vorgehen des Herzogtums Warschau, so brannte jetzt die napoleonisch-westfälische Gesetzgebung dem preussischen Staate auf den Fingern.

Allein wenn das Ministerium Dohna-Altenstein in dieser Beziehung völlig versagt hatte, so hatte es sich auch durch seinen Kriegseifer im Sommer 1809 in eine Sackgasse verannt. Es hatte die Kontributionszahlungen an Frankreich eingestellt, deren Erstattung nun Napoleon drohend forderte. Da die Einstellung der Zahlungen eine vorbereitende Kriegsmassregel gewesen war, so handelte der preussische König etwas naiv, wenn er jetzt in Paris um Nachsicht und um Erstreckung der Zahlungsfristen bat. Für solche harmlosen Scherze war Napoleon gänzlich unzugänglich; er antwortete brüsk: Wenn der König kein Geld habe, so solle er auf die unnütze Soldatenspielerlei verzichten, die nur Mißtrauen bei allen Nachbarn wecke. Der Kaiser erklärte, so oder so wolle er bezahlt sein; wenn Preußen nicht zahle, so werde er seine Truppen wieder einrücken lassen. Und durch seinen Minister des Auswärtigen ließ er dem preussischen Gesandten offiziös andeuten, eine Landabtretung täte es auch. Daraufhin beantragte das Ministerium am 12. März 1810 beim Könige, sich durch eine Abtretung an Land von der Kontribution loszukaufen, durch die Abtretung Schlesiens oder eines Teiles von

Schlesien, auf das der französische Minister nach dem Verzicht des preussischen Gesandten hingedeutet haben sollte.

Offiziell ist die Forderung Napoleons nicht erhoben worden, und es scheint, daß sie mehr auf einen Schreckschuß angelegt gewesen ist; gerade die Abtretung Schlesiens hätte neue Beunruhigung in Osterreich hervorgerufen, mit dem Napoleon eben nahe Beziehungen angeknüpft hatte. Jedemfalls ließ er sich beschwichtigen durch das Angebot des Königs, das Ministerium Dohna-Altenstein zu entlassen und einen Minister zu berufen, der die finanziellen Mittel zur Befriedigung der französischen Forderungen zu beschaffen fähig sei. Napoleon gab sogar seine Einwilligung dazu, daß dieser Helfer in der Not der ehemalige Minister Hardenberg sein solle, den er einst selbst aus dem preussischen Dienste vertrieben hatte. Es war in erster Reihe die Königin gewesen, die die Berufung Hardenbergs vorgeschlagen und durchgesetzt hatte. Als Hardenberg im Juni 1810 an die Spitze der Geschäfte getreten war, starb sie kurz darauf, nicht an gebrochenem Herzen über das Unglück des Vaterlandes, wie die borussische Legende fabelt, sondern an einem körperlichen Leiden, auf einer Vergnügungsreise in ihre mecklenburgische Heimat, die sie mit einem lustigen „Gussasa, Trallala“ angetreten hatte.

Hardenberg war so wenig wie Stein, Scharnhorst und Gneisenau ein geborener Preuße. Er stammte aus einem adligen Geschlecht der Welfenlande, war aber frühzeitig in preussische Dienste gekommen und hatte reichen Anteil an den Sünden der altpreussischen Politik, vom Frieden von Basel an, den er mit der französischen Republik abgeschlossen hat, bis zum Vorabend der Schlacht bei Jena, wo er auf Verlangen Napoleons, der ihn von England bestochen wähnte, als Minister des Auswärtigen entlassen wurde. Mit Stein machte er gemeinsame Sache gegen die Kabinettsregierung und wurde nach der ersten Entlassung Steins wiederum Minister des Auswärtigen, dann aber nochmals entlassen, als Napoleon sich weigerte, den Tilziter Frieden mit ihm zu verhandeln. Hardenberg zog sich nunmehr von den öffentlichen Geschäften zurück, arbeitete aber im stillen an Steins zweiter Entlassung mit. Damals gewann er das Vertrauen der Kö-

nigin, deren eitlen Sinn der geschmeidige Hof- und Weltmann geschickter zu streicheln verstand als der rauhe Sparsamkeitsapostel Stein.

Gardenberg war jedoch nicht bloß ein Hof- und Weltmann. Zur französischen Revolution nahm er eine ebenso freundliche Stellung ein, wie Stein, Scharnhorst und Gneisenau ihr ablehnend gegenüberstanden. In einer Denkschrift, die er im Juni 1807 ausarbeitete, forderte er als leitendes Prinzip für die Wiederherstellung des preussischen Staates das unumwundene Bekenntnis zu den Ideen der französischen Revolution. In dieser Denkschrift befürwortete er die Wahl der Unteroffiziere durch die Soldaten und der Subalternoffiziere durch die Unteroffiziere. Freilich verlangte er nur eine Revolution in gutem Sinne, eine Revolution von oben, die durch die Weisheit der Regierung die Veredlung der Menschheit fördere. Die angemessenste Form für den gegenwärtigen Zeitgeist seien demokratische Grundsätze einer monarchischen Regierung; die reine Demokratie müsse man dem Jahre 2440 überlassen, wenn sie anders je für Menschen gemacht sei. Allen man dürfe nicht vor dem zurückschrecken, was der Zeitgeist als Hauptgrundsatz fordere, vor möglichster Freiheit und Gleichheit.

Mit solchen Gesinnungen stand Gardenberg der bonapartistischen Bureaucratie sehr nahe, und im Königreich Westfalen sah er nahezu das Ideal eines modernen Staates verwirklicht. Ihm eiferte er in der Gesetzgebung nach, womit er nunmehr die Rettung des Staates begann. Das hat schon in seiner Zeit der Junker Martwiß grollend entdeckt, und nicht minder grollend schrieb der Junker Bismarck an den Junker Gerlach noch im Jahre 1851, daß die Gesetzgebung Gardenbergs aus dem westfälischen Bulletin übersezt worden sei. So auch meint der ehemalige französische Minister Cavaignac, der ein gründliches Buch über die preussische Reformzeit veröffentlicht hat, in der ganzen Tätigkeit Gardenbergs zeige sich der französische Einfluß; Cavaignac spricht von einer fast slavischen Nachahmung der französischen Muster und sagt, Gardenberg sei ein fürchtamer zwar, aber doch immerhin ein Nachahmer der französischen Revolution gewesen. Allein wenn Cavaignac daraus schließt, daß die französischen Neigungen dem Refor-

mer Gardenberg die Sympathien der deutschen Nation gekostet hätten, so ist er doch auf einem falschen Wege.

Getrübt ist das Andenken Gardenbergs nicht durch seine französischen Sympathien, sondern durch den Mangel jenes energischen und starken Willens, der die Stein, Scharnhorst und Gneisenau respektabel machte, so weit Gardenberg in seinen Forderungen über sie hinausgehen mochte. Stein hat in späteren Jahren sehr scharf über Gardenberg geurteilt. Er habe die Gutmütigkeit und Freundlichkeit genußliebender Menschen, einen leicht fassenden Verstand, ein vortreffliches äußere besessen. Aber seinem Charakter habe es an Größe, intensiver Kraft und Festigkeit, seinem Verstand an Tiefe, seinen Kenntnissen an Gründlichkeit gefehlt. Daher seine Schwäche, sein Übermut im Glück, seine weinerliche Weichlichkeit in Widertätigkeiten, seine Oberflächlichkeit, die, durch seine Sinnlichkeit, Falschheit und seinen Stolz geleitet, so vieles Übel verursacht hätten. Gardenberg habe alle tüchtigen Menschen entfernt, sich nur mit mittelmäßigen, oft schlechten umgeben, die ihn mißbraucht und unanständig behandelt hätten. So sei er dahingegangen, nicht geachtet, nicht betrauert. Dies Urteil Steins mag durch die grundtiefe Verschiedenheit beider Charaktere zuungunsten Gardenbergs beeinflusst sein; gleichwohl hatte es einen wahren Kern. Der halb noch feudale Stein stürzte nach kaum einem Jahre, weil er dem ostelbischen Junkertum die allzu giftigen Fänge beschneiden wollte; der halb schon moderne Gardenberg hielt sich über zehn Jahre, bis zu seinem Lebensende, an der Gewalt, weil er sich sein westfälisches Bulletin willig durch die Junker korrigieren ließ.

Er begann damit, die kollegiale Ministerialverfassung, die Stein eingerichtet hatte, zu zerstören; er ließ sich zum Staatskanzler ernennen, mit alleinigem Vortrag beim König. Dann ging er an seine eigentliche Aufgabe, die Beschaffung der Geldmittel, um die französische Kontribution abzuführen. Neben der Säkularisation der schlesischen Kirchengüter — in den anderen preussischen Provinzen war damit schon seit den Tagen der Reformation aufgeräumt — plante er die Gründung einer Nationalbank, der in dem geld- und kreditarmen Lande alle Vorbedingungen fehlten, und die massenhafte Ausgabe von

Papiergeld, von dem schon so viel umlief, daß die Krone im Februar 1809 versprochen hatte, es nicht zu vermehren. Dann sollten die indirekten Steuern schärfer angezogen werden, namentlich dadurch, daß die Akzise, die bisher auf die Städte beschränkt war, aufs platte Land erstreckt würde, was dann die Einführung der Gewerbefreiheit und die Ausstattung der Bauern mit echtem Eigentum an ihren Äckern notwendig machte. Denn die Steuerfreiheit der Gutsherrn, deren Aufhebung Stein geplant hatte, sollte beibehalten werden, ebenso wie die gutsherrliche Polizei, die Patrimonialgerichtsbarkeit, die Jagdgerechtigkeit und sonstigen feudalen Vorrechte, mit denen Stein aufräumen wollte. Demgemäß verwarf Hardenberg auch die Einkommensteuer, mit deren Einführung Stein zunächst in Ostpreußen begonnen hatte.

Bei seinem Mangel an finanziellen und wirtschaftlichen Kenntnissen wandte sich Hardenberg zunächst an die bewährtesten Gehilfen Steins, an Niebuhr und Schön, aber von beiden erhielt er eine runde Absage. Sie empörten sich gleichermaßen gegen die schwindelhaften Bank- und Papiergeldspläne Hardenbergs wie gegen seine Bevorzugung des Adels auf Kosten der hungernden Massen. Wenn Hardenberg sich auf die Abneigung der „öffentlichen Opinion“ gegen die Einkommensteuer berief, so antwortete Niebuhr, diese „Opinion“ habe nur der Adel, der jetzt ganz frei von neuen Lasten sein wolle, während auf die Familie des Bauern und Tagelöhners 5 bis 6 Taler jährlicher neuer Lasten fallen sollten; Niebuhr erinnerte an das Wort Turgots: Die Gabel der des Adels deckt sich mit dem Mantel der Selbstgefälligkeit. Ähnlich Schön, der sich noch mit besonderer Leidenschaft gegen die Mahlatzise wandte, die den Armen und Armen wieder die Erleichterung rauben wollte, die die Aufhebung des Mühlenzwanges ihrem trübseligen Dasein gewährt hatte. Treffend schreibt darüber der Historiker Max Lehmann: „Diese Gesetzgeber, deren Mund von volkstümlichen Redewendungen überfloß, trieben die Ungerechtigkeit und Grausamkeit so weit, daß sie das Einkommen der Wohlhabenden frei ließen, aber die Zerstörung der Handmühlen anordneten, in denen die armen Litauer sich ihr Korn für den Hausbedarf zerstampften.“ Schön erreichte auch sein Ziel; die Mahlatzise mußte

auf dem platten Lande und in den kleinen Städten bald wieder aufgehoben werden. Freilich wurde sie nur durch eine direkte Abgabe ersetzt.

Überhaupt hat Hardenberg längst nicht alle seine Steuerpläne durchsetzen können; es ist weder zu der von ihm geplanten Nationalbank noch zu der massenhaften Ausgabe von Papiergeld gekommen. In Geldsachen hört nicht nur die Gemüthlichkeit, sondern auch die Phantastik auf. Aber in Hardenbergs Geist wechselten nur um so eifriger die phantastischen Pläne, wie die Schattenpiele an der Wand. In jedem der drei Jahre 1810, 1811 und 1812 hat er eine Serie von Steuererlassen herausgebracht. Namentlich die erste nennt Cavaignac einen Abklatz (décalque) der westfälischen Steuererlassgebung. Immer jedoch mit dem Unterschied, daß diese mit den Grundsteuerprivilegien des Adels aufräumte, der preussische Abklatz aber nicht. Nicht daß Hardenberg das westfälische Bulletin ins Deutsche übersetzte, war sein historisches Reich, wie Cavaignac meint, sondern vielmehr, daß er es nur ins Ostelbisch-Funkerliche zu übersetzen verstand. Alle Standesvorrechte blieben dem Adel, und selbst die Gefindeordnung, die Stein verweigert hatte, gab Hardenberg sofort zu. Wenn sie auch nicht den fünfjährigen ZwangsgesindeDienst gewährte, den die Funter beanspruchten, so kam sie ihnen doch weit entgegen mit dem minderen Recht der Diensthöten gegenüber den Herrschaften, mit der häuslichen Verklabung des Gesindes, mit dem lieblichen Prügelparagrafen usw.

Zuzugeben ist immerhin, daß Hardenberg nicht ohne ein sanftes Sträuben sein politisches Gewissen bergewaltigen ließ. Er hat sogar einmal, was Stein nie getan hat, ein paar Funter, übrigens wider Gesetz und Recht, auf ein paar Wochen in der Festung Spandau eintürmen lassen, den vor anderen lärmenden Martini und einen Grafen Finkenstein. Indessen das war nur jene preussische Methode, die sich vom alten Fritz bis zum langen Bethmann verfolgen läßt: gelegentlich an ein paar einzelnen Funtern sein Mütchen zu kühlen, als ohnmächtigen Protest gegen die Unterwerfung unter das Funtertum als Klasse. So hat auch Bismarck in seiner liberalisierenden Periode nach 1871 ein paar hinterpommersche Land-

räte abgesetzt, um alsbald vor dem Junkertum selbst zu kapitulieren.

Gemäß dem westfälischen Vorbild verhiess Hardenberg in seinem ersten Finanzgesetz vom 27. Oktober 1810, „der Nation eine zweckmäßig eingerichtete Repräsentation“ zu geben, in den Provinzen wie für das Ganze. Nun war die westfälische „Nationalrepräsentation“ gewiß auch nur ein Scheinparlament, mit dem die französischen Beamten ohne viel Federlesen umsprangen; aber seine Mitglieder wurden doch von ihresgleichen gewählt, 70 von den Grundeigentümern und je 15 von Fabrikanten und Kaufleuten sowie von den gelehrten Berufen, und diese „Reichsstände“ hatten ein mitbeschließendes Recht. Hardenberg berief dagegen am 23. Februar 1811 eine „Landesdeputiertenversammlung“, bestehend aus je 8 Beamten, 18 Rittersn, 11 Städtern und 8 Bauern, die alle vom König ernannt waren und nur eine beratende Stimme hatten. Da den Junkern aber dieses famose Parlament noch zu modern erschien, so sandten die brandenburgischen und pommerischen Stände auf eigene Faust Vertreter nach Berlin, die Hardenberg auch wirklich als „Nebendeputierte“ zuließ.

Als er dann im Jahre 1811 mit seiner zweiten Reihe von Steuergesetzen ans Licht kam, mußte er noch einen Schaumkloß in die Suppe tun: am 10. April 1812 trat in Berlin eine „interimistische Nationalrepräsentation“ zusammen, die aus 39 gewählten Mitgliedern bestand: 18 Rittergutsbesitzern, 12 Städtern und 9 Bauern. Die 18 Ritter wurden von den feudalen Preistagen gewählt, die anderen auf indirektem Wege durch die Städte und den „Rustikaalstand“, doch mußten die Vertreter der Städte ebenfalls Grundbesitzer sein und die Vertreter der Bauern mindestens eine Hufe besitzen. Zu alledem hatten die Regierungspräsidenten die Gewählten zu prüfen, ob sie auch einsichtsvolle, patriotische und vorurteilsfreie Männer seien. Natürlich besaß auch diese wunderbare Volksvertretung, die mit starken Unterbrechungen bis in den Sommer 1815 getagt hat, nur eine beratende Stimme.

Im einzelnen läßt sich das Kaleidoskop von Hardenbergs Finanzgesetzen schwer darstellen, und es lohnt sich auch nicht. Eine Luxussteuer, die er schon in seinem ersten Steuergesetz

— diesmal nicht nach westfälischem, sondern nach englischem Vorbild — auf Karossen, Silbergeschirr, Dienstboten usw. einführte, widerrief er alsbald; ebenso erschien nur ganz vorübergehend auf der Bildfläche, trotz des westfälischen Vorbildes, eine Vermögenssteuer von 3 Prozent und eine klassifizierte Einkommensteuer mit hohen Sätzen und mit Deklarationszwang. Sie wurde in der härtesten Finanznot, im Mai 1812, nur auf ein Jahr eingeführt und in der Tat im Januar 1814 wieder aufgehoben. Zu einer regelmäßigen Abtragung der französischen Kontribution hat es auch Hardenberg nicht gebracht, sogar nicht durch die Säkularisation der schlesischen Kirchengüter und den Verkauf von Domänen.

Den bleibenden Pol in dieser Erscheinungen Flucht bildeten zwei Steuern, zumal da sie in gewissem Sinne zum Abschluß der agrarischen und der städtischen Reform führten. Die eine war die Gewerbesteuer, die jeden Gewerbebetrieb im weitesten Sinne des Wortes traf, aber damit auch die Gewerbefreiheit notwendig machte. Das Edikt vom 2. November 1810, das die allgemeine Gewerbesteuer einführte, beruhte auf dem Grundsatze, daß zum Betrieb jedes Gewerbes die Lösung eines Gewerbescheines erforderlich, aber auch genügend sei, und daß die Verteilung eines solchen Scheines niemandem verweigert werden dürfe, der bis dahin einen rechtlichen Lebenswandel geführt habe; nur aus gesundheits- oder sicherheitspolizeilichen Gründen wurden bei einigen Gewerben noch Ausnahmen zugelassen. Ein preussischer Historiker nennt dies Edikt eine groteske Nachahmung der westfälischen Gesetzgebung. Es hat übrigens für die Entwicklung der preussischen Gewerbe, die im Jahre 1830 auf derselben Stufe standen wie zwanzig und dreißig Jahre früher, kaum erkennbare Folgen gehabt.

Mit dem Gewerbezwang fiel die Unterscheidung zwischen Stadt und Land, wie sie im altpreussischen Staate insofern bestanden hatte, als die Gewerbe — mit einigen Ausnahmen — nur in den Städten betrieben werden durften. In anderer Beziehung fiel diese Unterscheidung durch die Ausdehnung der städtischen Akzise auf das platte Land. Auf etwa zehn der notwendigsten Lebensbedürfnisse, Mehl, Fleisch, Bier usw., wurde eine Konsumtionssteuer gelegt,

für das platte Land wie für die Stadt. Einzelne dieser Akzisen waren so unerträglich, daß sie, wie die Mahlatzise, alsbald wieder aufgehoben werden mußten, aber um auch nur den Rest zu tragen, waren die Bauern nicht steuerkräftig genug, zumal da sie durch ihre Grundsteuer schon schwer belastet waren. Es galt also, sie endlich auf eigene Füße zu stellen.

In dieser Frage hatte Hardenberg das Glück, einige sachkundige Berater zu finden, namentlich den Kriegsrat Scharnweber, den bauernfreundlichsten und im Grunde einzig bauernfreundlichen der preussischen Reformer; für Schön ging er viel zu weit, und selbst Stein hat in seinen alten Tagen das häßliche Wort gebraucht, Scharnweber sei ein Phantast gewesen, der im Strenghaus geendet habe. Marwitz gar nennt ihn einen spekulierenden Abenteuerer, jedoch Cavaignac sagt mit Recht, Scharnweber sei der fleißigste, sachverständigste und tätigste Vertreter der agrarischen Reform gewesen.

Da die Domänenbauern bereits durch Stein echtes Eigentum an ihren Gufen bekommen hatten, und zwar unentgeltlich, so handelte es sich noch um die Bauern der Rittergüter, die entweder erblich oder lebenslänglich oder für eine bestimmte Zeit — die sogenannten Zeitpachtbauern — auf ihren Gufen saßen. Scharnweber wollte nun allen drei Klassen sofort Eigentum verleihen und dann die Rechte und Pflichten zwischen Bauern und Gutsherren gegeneinander aufrechnen lassen, wobei die Möglichkeit bestand, daß die Bauern etwas herausbekamen und nicht die Gutsherren.

Indessen drang Scharnweber damit schon bei Hardenberg nicht durch. Die Zeitpachtbauern sollten ungünstiger gestellt werden als die erblichen und die lebenslänglichen; sie sollten die eine Hälfte ihres Ackers an den Gutsherrn abtreten, um die andere Hälfte dienstfrei zu erhalten. In dieser Einschränkung vertrat Scharnweber den Entwurf in sehr bededter Weise bei der ersten, vom König ernannten Landesdeputiertenversammlung, die ihn begutachten sollte. Allein die edlen „Landesdeputierten“ verstümmelten den Entwurf aufs schmählischste, und obgleich sie nur „beratende“ Stimme hatten, gehorchte ihnen Hardenberg auch diesmal. Zunächst

sollten auch die erblichen Besitzer den dritten Teil ihres Ackers an die Gutsherren abtreten, ehe sie ihn als dienstfreies Eigentum erhielten. Dann aber sollten die lebenslänglichen Besitzer, die weitaus zahlreichste der drei Klassen, nicht mit den erblichen Besitzern rangieren, sondern mit den Zeitpachtbauern, also die Hälfte ihres Ackers an die Gutsherren abtreten. Dies ist der Inhalt des Regulierungsediktes vom 14. September 1811.

Aber auch dabei hatte es nicht sein Bewenden. Ein paar Monate darauf trat die „interimistische Landesrepräsentation“ zusammen und verhungzte das Edikt immer weiter, zumal nachdem es den Junkern gelungen war, Scharnweber in die Ecke zu drücken. Das Ende vom Liede war die berühmte „Deklaration“ vom 29. Mai 1816, deren 121 Artikel sich dahin zusammenfassen lassen, daß zur „Regulierbarkeit“ im Sinne des Ediktes von 1811 nur noch Bauernstellen zugelassen wurden, die spannsfähig, katastriert, alten Bestandes und sonst noch was waren. Mit anderen Worten: nur die Minderheit der Bauern wurde für „regulierbar“ erklärt, während es für ihre große Masse nicht etwa nur beim alten blieb, sondern ein noch schlimmerer Zustand eintrat, als er im friderizianischen Staate bestanden hatte. Denn nach dem Wegfall des altpreussischen Bauernschutzes, den das Edikt von 1811 verfügt hatte, waren sie vogelfrei für jedes Gelüste der Gutsherren. Die edlen Junker haben denn auch nicht gezögert, diese große Masse der Bauern zu beschloßen Tagelöhnern zu machen und sich in ihnen ein Proletariat auszuschaufen, dem sie den letzten Tropfen Blut und Schweiß auspressen konnten. Sie gewannen dadurch die eine Möglichkeit, in den kapitalistischen Betrieb hinüberzumausern, während ihnen die andere Möglichkeit durch die Landabtretungen der „regulierbaren“ Bauern geschaffen wurde. Eine Junkerlösung, die in den patriotischen Geschichtsbüchern unter dem wohlklingenden Namen der Bauernbefreiung einherprunkt!

Noch eine andere Reform Hardenbergs hing mit seiner Finanzpolitik zusammen: die Judenemanzipation. Stein war noch in altpreussischer Überlieferung ein eifriger Antisemit gewesen und hatte die Juden vom Besitz der Rittergüter

ausgeschlossen. Hardenberg aber mußte dem jüdischen Kapital seine Reberenz machen. Er übersezte auch hier das westfälische Bulletin, aber auch hier nur ziemlich stümperhaft. In Westfalen waren die Juden bis auf eine geringfügige Einzelheit, einen besondern Judeueid, allen Staatsbürgern gleichgestellt. In Preußen erhielten die Staatsbürgerschaft aber nur die 30 000 mit Privilegien und Schutzbriefen versehenen Juden, unter der Einschränkung, daß sie zu öffentlichen Ämtern nur in der Gemeinde und in der Schule zugelassen seien, und unter der doppelten Voraussetzung, daß sie feste Familiennamen annähmen und bei Führung ihrer Handelsbücher die deutsche oder eine andere lebende Sprache anwendeten. Die Juden, die keine Schutzbriefe besaßen, galten als fremde Juden, deren Naturalisation an erschwerende Umstände geknüpft war, und ausländischen Juden wurde der Aufenthalt im preussischen Staate allein bei den Messen gestattet.

Ganz getreu hat sich Hardenberg nur bei Ersetzung des Genferschwertes durch das Genkerbeil an sein westfälisches Vorbild gehalten, und die Bewunderer seiner „friedlichen und gefeglichen Reformen“ müssen sich schon des getrösten, daß diese Reformen eine verschlechterte Kopie des westfälischen Bulletins gewesen sind, wie das westfälische Bulletin eine verschlechterte Kopie der französischen Revolutionsgefegung war.

10. Das französische Bündnis.

Auch in der auswärtigen Politik blieb Hardenberg seinen französischen Sympathien treu; er suchte möglichst engen Anschluß an Frankreich, im Widerspruch mit Scharnhorst, der nach wie vor das Haupt der Kriegspartei war.

In der Rüstungskommission, die nach der Schlacht von Aspern niedergelegt worden war, hatte Scharnhorst noch einmal das letzte Ziel seiner militärischen Reform durchzusetzen gesucht: die allgemeine Wehrpflicht und im Zusammenhang damit die Organisation einer Miliz oder wie es damals hieß: einer Reservearmee neben dem stehenden Heere. Alle jungen begüterten Leute der Nation sollten bei den „Volontärjägern“ eintreten, von denen jedes Infanterieregiment eine Kompagnie und jedes Kavallerieregiment eine Schwadron bilden sollte. Sie sollten sich Waffen und Equipierung, bei der Kavallerie auch das Pferd mitbringen; sie sollten nicht in der Linie, sondern nur zum leichten Dienste gebraucht werden, sich ihre Unteroffiziere und auch — soweit sich nicht Offiziere freiwillig zum Dienst in dieser Truppe meldeten — ihre Offiziere wählen dürfen. Die vierjährige Dienstzeit, die Scharnhorst nunmehr für das stehende Heer vorschlug, sollte für sie auf etwa fünf Monate beschränkt werden: „vier Wochen, die gewöhnlich zur Erlernung des Exercierens bei einem gebildeten Menschen hinreichen, und in jedem der folgenden vier Dienstjahre die Teilnahme an einer monatlichen Übungsperiode.“ Aus den Nichtbegüterten aber sollte eine Miliz gebildet werden, in der jeder Waffenfähige bis zu einem gewissen Lebensalter zu dienen verpflichtet sein sollte.

Die Verhandlungen der Rüstungskommission zogen sich lange hin, über den Krieg von 1809 hinaus, durch den sie zunächst veranlaßt worden waren. Nachdem sich entschieden hatte, daß ein Krieg mit Frankreich ausgeschlossen war, nannte sich die Kommission „Konstriptionskommission“, aus Rücksicht auf Napoleon, der auf Grund des Septembervertrags alle diese Pläne vereiteln konnte, aber gegen die „Konstriktion“, das heißt die allgemeine Wehrpflicht mit Stell-

vertretung, die er selbst in den Rheinbundstaaten angeordnet hatte, nicht wohl etwas einwenden konnte. Scharnhorst brachte endlich die ganze Kommission auf seine Seite; auch hartgesottene Junker unter den fähigen Offizieren, wie York, hielten die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für unumgänglich. Aber als die Kommission im Februar 1810 ihren Antrag an den König richtete, erklärten sich zwei der damaligen Minister dagegen, Dohna und Altenstein; sie wollten mindestens die Stellvertretung gesichert haben. Die Kommission sollte nun nochmals beraten, aber inzwischen verschwand das Ministerium Dohna-Altenstein, und Hardenberg gelangte ans Ruder. Im Herbst 1810 kam Scharnhorst nun wieder auf seinen Plan zurück; in seiner vielleicht schönsten Denkschrift bewies er namentlich die „Unzulänglichkeit“ der Stellvertretung. Aber Hardenberg wie der König verlagten sich ihm; die allgemeine Wehrpflicht unterlag zum dritten Male.

Inzwischen war Scharnhorst aus dem Kriegsministerium geschieden. Als Fachminister hätte er nicht mit Dohna und Altenstein zu fallen brauchen, wie denn auch Goltz als auswärtiger Minister unter Hardenberg blieb; ein größeres Hindernis wäre schon Hardenbergs franzosenfreundliche Politik gewesen, aber entschieden wurde Scharnhorsts Entlassung durch eine kategorische Forderung Napoleons. Wie Stein vor ihm, hat Scharnhorst immer behauptet, seine einheimischen Gegner hätten ihn bei den französischen Behörden denunziert; auch dem Könige sagte er mit aller Offenherzigkeit, daß die Erfolgungssucht der französischen Preußen wohl erst dann aufhören werde, wenn diejenigen an der Spitze der ersten Behörden sein würden, die sich durch ihre Niederträchtigkeit die Freundschaft der Franzosen erworben hätten oder wegen ihres schlaffen Betragens und ihrer Unbrauchbarkeit von den Franzosen als unschädlich angesehen würden.

Immerhin schied Scharnhorst nicht so völlig aus dem preussischen Dienste wie Stein. Er blieb Chef des Generalstabs und des Ingenieurkorps; insgeheim erhielt auch der neue Kriegsminister, Oberst Gata, den Befehl vom König, sich bei allen wichtigen Entscheidungen vorher mit Scharnhorst zu verständigen. Freilich mußte dieser sein Bleiben mit einer

schmerzlichen Demütigung erkaufen, mit einer von Hardenberg an den französischen Gesandten übermittelten Denkschrift, worin Scharnhorst als sein Unglück beklagte, dem größten Monarchen der Welt mißfallen zu haben; er sei niemals in England gewesen, habe auch niemals dem Jugendbunde angehört; er sei unschuldig an Schills Unternehmen, dagegen könne niemand die großen Taten des französischen Kaisers so bewundern wie er.

Mit dem Ausscheiden Scharnhorsts aus dem Kriegsministerium hörten die militärischen Reformen auf, aber es fügte sich, daß alsbald der Zeitpunkt eintrat, wo sie sich praktisch bewähren sollten. Gegen Ende des Jahres 1810 trat der langsame Verfall des französisch-russischen Bündnisses in eine heftige Krisis, die den preussischen Staat aufs schwerste bedrohte.

Es handelte sich dabei im wesentlichen um zwei Fragen, um die polnische Frage und die Kontinentalsperre. Der Zar konnte die Vergrößerung des Herzogtums Warschau durch den Wiener Frieden nicht verwinden; er verlangte einen feierlichen Vertrag mit der Zusicherung, daß nie wieder das Königreich Polen hergestellt, das Herzogtum Warschau nicht weiter vergrößert, der Name Polen offiziell nie wieder gebraucht werden dürfe. Den Entwurf eines solchen Vertrags unterzeichnete der französische Gesandte in Petersburg auch im Januar 1810, aber Napoleon verweigerte seine Unterschrift. Er verschleppte erst die Sache ein halbes Jahr und sandte dann einen Gegenentwurf, worin er sich nur dazu verpflichten wollte, kein Unternehmen zu unterstützen, das auf die Wiederherstellung Polens abziele. Es ist ihm selbst nicht einmal damit ernst gewesen, denn die Übernahme dieser Verpflichtung hätte schon genügt, ihm die polnischen Herzen zu entfremden; deshalb verlangte er zugleich, Rußland solle an seinem Teil darauf verzichten, sich fürderhin polnische Landesteile anzueignen. Darauf ließ sich der Zar nicht ein, und die Unterhandlungen verfielen.

Der Zar kehrte nun aber den Spieß um und betrieb selbst die Wiederherstellung Polens, versteht sich unter seinem wohlwollenden Szepter. Durch seinen Jugendfreund, den polnischen Magnaten Czartoryski, ließ er die Polen wissen, er wolle das

alte polnische Königreich wieder herstellen, wie es bis zum Jahre 1772 bestanden hatte, und ihm eine liberale Verfassung dazu geben, falls sie ihn als König von Polen anerkennen wollten. Jedoch erhielt er auf dies Anerbieten im Januar 1811 eine ablehnende Antwort; die Polen zogen vor, auf die französische Karte zu setzen statt auf die russische. Von Napoleon hatten sie zwar auch noch nicht mehr befehlen als schöne Worte, aber sie hofften noch immer mehr von ihm als von den zarischen Versprechungen. Jedoch ließ sich der Zar durch die polnische Absage noch nicht beirren; vielmehr blieben diese polnischen Pläne für die nächsten Jahre das Hauptstück seiner Eroberungspolitik.

Dann aber zerbrach das französisch-russische Bündnis an der Kontinental Sperre. Sie war weder so unberechtigt noch so erfolglos, wie sie oft dargestellt worden ist. Es lag im Interesse der kontinentalen Staaten, das englische Handelsmonopol und die englische Weltherrschaft zur See zu brechen, die so oft und so schmähtlich mißbraucht worden war. Auch ist Napoleon nahe genug an sein Ziel gekommen; in den Jahren 1809 und 1810 häuften sich die Bankrotte in England; daneben wuchs die Arbeitslosigkeit mit ihren verheerenden Wirkungen, und gerade in diesen Jahren kamen Mizernten hinzu, die eine Hungersnot heraufbeschworen. Es ist wesentlich Napoleons eigene Torheit gewesen, die ihm einen durchschlagenden Erfolg versagt hat; er bildete sich ein, die Landwirtschaft gedeihe bei hohen Getreidepreisen; je höher der Getreidepreis in Frankreich steige und in England falle, um so mehr werde Frankreich gefördert und England geschädigt. So suchte er die Wirkungen des Kontinental Systems zu verstärken, indem er die Einfuhr kontinentalen Weizens nach England förderte, was den Druck auf die englische Regierung nicht stärkte, sondern schwächte.

Auf jeden Fall jedoch war das Kontinental System eine schwere Plage auch für die kontinentalen Staaten; ein riesenhafter Schmuggel, Betrug und Schwindel aller Art, schwere Konfiskationen, ungeheuerliche Strafandrohungen waren seine notwendige Folge. Indessen wenn man all das in den Kauf nahm und ebenso die erdrückende Preissteigerung von Produkten, die für einen großen Teil der kontinentalen Be-

völkerung schon zu notwendigen Lebensbedürfnissen geworden waren, so wirkte die Kontinental Sperre auf die festländische Industrie doch nur da fördernd, wo es eine solche Industrie schon in nennenswertem Umfang gab, also in Frankreich und den ihm einverleibten belgischen und rheinischen Gebieten. Sie war die ihr allein gefährliche Konkurrenz der englischen Industrie los und erdrückte zugleich, da die französischen Waren überall gegen gar keine oder niedrige Zölle zugelassen werden mußten, die industriellen Anfänge in den übrigen Kontinentalstaaten, die an ihrem Teil im englischen Markte den besten Abnehmer ihrer Rohprodukte verloren. Das war eine auf die Dauer unerträgliche Lage namentlich für Rußland, das man damals wohl in ökonomischem Sinne eine englische Kolonie genannt hat.

So war es die bitterste Finanznot, die im Dezember 1810 die russische Regierung zwang, dem Kontinental System einen schweren Schlag zu versetzen, indem sie die Einfuhr englischer Waren unter neutraler Flagge gestattete, wobei die Neutralität der Flagge in sehr weitem Sinne ausgelegt wurde. Hatte schon der spanische Krieg, wo ein englisches Meer unter Wellington den Widerstand der Nation erfolgreich unterstützte, eine breite Bresche in das Kontinental System geschlagen, so schlug der russische Ufas vom Dezember 1810 eine noch viel breitere; über Rußland konnte nun ein großer Teil des mittleren Europa seine Kolonialwaren beziehen; das galizisch-russische Grenzstädtchen Brodny wurde für die nächsten Jahre ein Hauptstapelplatz des Welthandels. Zudem verbot der neue russische Zolltarif die Einfuhr mancher Luxusartikel, wie Watist, seidener Bänder und Stoffe, in der künftlichen Absicht, dadurch dem überhandnehmenden Luxus zu steuern. Auch darin sah Napoleon eine Kriegserklärung, da es sich um französische Ausfuhrartikel handelte.

Gleichzeitig jedoch wurde er selbst durch die Kontinental Sperre zu einer Handlung gezwungen, die der Zar an seinem Teil für eine Kriegserklärung nehmen mußte. Um den doch unausrottbaren Schmuggel nach Möglichkeit auszurotten, vereinte Napoleon die Mündungsgebiete der Ems, der Weser, der Elbe und der Trave mit dem französischen Reich, wobei nicht nur die altberühmten Hansestädte Bre-

men, Hamburg und Lübeck verschlungen wurden, sondern auch einige Rheinbundfürsten kaputt gingen, darunter der Herzog von Oldenburg, um den es an und für sich so wenig schade war als um die andern. Aber er war ein naher Verwandter des Zaren, der nicht einmal vorher um seine Zustimmung gefragt worden war und nun eine große diplomatische Aktion aus dieser „Ohrfeige“ machte, die er vor ganz Europa erhalten habe.

So rüsteten vom Anfang des Jahres 1811 ab Frankreich wie Rußland. Eingeklemmt zwischen beiden Kolossen konnte Preußen weder neutral bleiben und noch viel weniger sich beide zugleich vom Leibe halten. Es mußte sich also entscheiden, welchem von beiden es sich in die Arme werfen wollte. Hardenberg als leitender Minister war für das französische Bündnis, nicht allein aus seiner franzosenfreundlichen Gesinnung heraus, sondern auch aus greifbaren Gründen. Einstweilen war Napoleon der ungleich gefährlichere und mächtigere Nachbar; je mehr Truppen er für den russischen Krieg in den deutschen Rheinbundstaaten und im Herzogtum Warschau zusammenhäufte, um so leichter konnte er mit einem Griff seiner eisernen Faust ein widerspenstiges Preußen zerdücken. Freilich war ihm unter keinen Umständen über den Weg zu trauen, aber das gleiche galt in mindestens gleichem Maße vom Zaren. Er hatte Preußen wieder und wieder verraten, trotz aller brünstigen Versprechungen, und jetzt war nicht einmal eine bindende Zusage aus ihm herauszuholen. Dazu waren seine polnischen Pläne ruchbar geworden, und Hardenberg hielt ein unter der Hoheit des Zaren wiederhergestelltes Polen für unverträglich mit der Existenz des preussischen Staates.

Für diese Seite der Sache hatte er und mancher bürgerliche Reformler wie Schön ein tieferes Verständnis als die militärischen Reformler und auch Stein. Scharnhorst wollte mit Rußland „leben und sterben“; er betrieb neue Rüstungen, ließ Tausende von neuen Krümpfern ausbilden und die Ostseeküste stark besetzen. Es gelang ihm auch, Napoleons Argwohn zu beschwichtigen, der sogar selber verlangte, daß die Rüstungen stärker besetzt würden, teils um den Schmuggel besser zu verhindern, teils aus Sorge um eine gewaltige Landung

der Engländer, von der damals das Gerücht ging. Aus Kolberg und Pillau wollte Scharnhorst feste Stützpunkte der preussischen Kriegsmacht machen, wie er und seine Freunde damals überhaupt in Festungen und verschanzten Lagern die wirksamsten Kriegsmittel sahen. Das Vorbild Wellingtons, der in allem Wechsel des Schlachtenglückes sich in den Linien von Torres Vedras eine Stellung geschaffen hatte, an der sich der französische Angriff zuletzt doch brach, wirkte weithin.

Gegen diese Rüstungen hatten Hardenberg und der König nicht allzuviel einzutenden, wohl aber gegen den Zweck, den Scharnhorst mit ihnen verfolgte. Am 14. Mai 1811 bot Hardenberg in Paris ein Schutz- und Trutzbündnis an, das seine Spitze gegen Rußland kehrte. Die Rüstungen wurden nicht völlig eingestellt, aber auch, um Frankreich nicht zu beunruhigen, nicht in dem Umfang weiterbetrieben, wie Scharnhorst verlangte. Allein nun schwieg Napoleon wochenlang auf das preussische Angebot; erst am 9. Juli lief ein Bericht des preussischen Gesandten aus Paris ein, wonach der Kaiser in einer Audienz das preussische Bündnis überhaupt nicht, der Minister des Auswärtigen aber als eine abgetane Sache erwähnt hatte, da Aussicht auf Erhaltung des Friedens sei und alles vermieden werden müsse, was Mißtrauen erwecken könne. Dabei dauerten jedoch die französischen Rüstungen fort; die französische Besatzung in den drei Oberfestungen Glogau, Küstrin und Stettin, die nach dem Septembervertrag nicht 10 000 Mann übersteigen sollte, wurde nahezu verdoppelt, außerdem die Rückgabe von Glogau verweigert, die nach demselben Vertrag erfolgen sollte, wenn die Hälfte der Kontribution abgetragen sei, was nunmehr geschehen war.

So bestand die dringende Gefahr, daß Napoleon die Verhandlungen nur hinschleppen wolle, bis er Preußen mit seinen Truppen völlig umstellt hatte, und nun schwenkte Hardenberg zum russischen Bündnis über. Die Rüstungen wurden wieder aufgenommen, und Scharnhorst ging nach Petersburg, um sich mit dem Zaren über einen Feldzugsplan zu verständigen. An seine Stelle wurde Gneisenau von seinem schlesischen Gute berufen als militärischer Ratgeber Hardenbergs; um die Wachsamkeit der Franzosen zu täuschen, er-

hielt er eine Anstellung im Zivildienst als Staatsrat. Er entwarf nunmehr in ihrer Art grandiose Pläne eines „Aufstandes in Masse“, die er dem König mit hinreißender Beredsamkeit vortrug, die aber der würdige Landesvater mit der trockenen Randbemerkung erledigte: *Als Poesie gut. In diesem nassen Stroh zündete kein noch so feuriger Funke.* Wenn man jedoch erwägt, daß Gneisenau am 26. Juni an Stein schrieb: „Der König steht noch immer neben dem Throne, worauf er nie gesessen. . . An dieser Individualität wird ewig jeder Gehilfe scheitern, der, Staatsmann im höheren Sinne, erhabene Anordnungen zu machen gedenkt“, dann aber demselben König am 8. August seine Massenaufstandspläne mit dem Motto überreichte: „Trau dem Glück! Trau den Göttern! Steig' trotz Wogendrang und Wettern Kühn wie Cäsar in den Kahn!“, so mag sich Erhabenes und Lächerliches selten so nahe berührt haben wie in diesem Falle.

Inzwischen hatte eine aus Drohungen und Schmeicheleien gemischte Rede, die Napoleon bei einem öffentlichen Empfang an seinem Namenstag, dem 15. August, an den russischen Gesandten in Paris hielt, in Hardenberg neue Hoffnungen auf Frieden erweckt, und er begann alsbald wieder mit Frankreich zu mogeln. Am 26. August erklärte er dem französischen Gesandten, Preußen rüste, weil es besser sei, mit dem Degen in der Hand zu sterben, als mit Schmach zu unterliegen, allein Preußen rüste nur für Frankreich, wenn Napoleon sich mit Friedrich Wilhelm verbinden wolle. Das erklärte der leitende Minister, während der Generalstabchef unterwegs war, um mit Rußland militärische Operationen gegen Frankreich zu verabreden. Falsch wie Galgenholz blieb die preussische Politik immer. Natürlich war mit solchen Anfangereien einem Manne wie Napoleon nicht beizukommen. Er forderte zunächst, daß Preußen seine Rüstungen einzustellen habe, was Hardenberg sofort einräumte, und am 29. Oktober gab er endlich die Antwort auf die preussischen Bündnisangebote: entweder Beitritt zum Rheinbund oder — was auf dasselbe hinauslief — Schutz- und Trugbündnis für alle Fälle und alle Zeiten.

Inzwischen hatte Scharnhorst in den ersten Oktobertagen ein paar Audienzen beim Zaren gehabt. Nachdem seine pol-

nischen Pläne vorläufig gescheitert waren, hatte sich Alexander entschlossen, den französischen Angriff innerhalb der russischen Grenzen abzuwarten. Es war von seinem Standpunkt aus entschieden die klügste und die sicherste Politik, namentlich nach den Erfahrungen des Feldzugs von 1807. Um Preußens willen von dieser Politik abzugehen, hatte er um so geringere Neigung, als er die preussische Militärkraft gering schätzte und sein Gesandter in Berlin wegen des häufigen Verkehrs Hardenbergs mit dem französischen Gesandten Verdacht geschöpft hatte. Immerhin mußte Scharnhorst seine Sache so geschickt zu führen, daß er eine Militärkonvention fertig brachte, in der sich Rußland bereit erklärte, unter günstigen Umständen den Krieg über die russischen Grenzen hinaus zu führen. Es war nur eine sehr bedingte Zusage, und Alexander war dafür bekannt, daß er noch viel klarere Versprechungen in den Wind schlug, falls es so in seinen Rampakte, aber Scharnhorst war mit ihr zufrieden; er rechnete auf den Massenaufstand der preussischen Provinzen, der die russische Heere vorwärtsreißen würde.

Als er nun aber am 3. November wieder in Berlin eintraf, war die Entscheidung bereits im entgegengesetzten Sinne gefallen. Hardenberg wandte sich nach den Forderungen Napoleons vom 29. Oktober wieder dem russischen Bündnis zu, allein der König ging nicht mit. Er wollte am liebsten neutral bleiben; wenn das nicht ging, so drohte ihm das russische Bündnis augenblickliche Vernichtung durch Napoleon, während ihm das französische Bündnis wenigstens noch eine Galgenfrist sicherte, selbst für den Fall, daß Napoleon nach seinem Siege über Rußland auch den preussischen Staat vernichten wollte. Von der Unüberwindlichkeit Napoleons war der König mehr denn je überzeugt, und von einem Massenaufstand wollte er ein für allemal nichts wissen. Noch blieb der Kriegspartei eine letzte schwache Hoffnung, ihn für das russische Bündnis zu gewinnen, wenn auch Oesterreich hinzutrate. Während Hardenberg die französischen Bedingungen zu ermäßigen suchte, ging Scharnhorst nach Wien, stieß aber hier auf verschlossene Türen. Nicht sowohl oder doch nicht allein heimtückische oder mißgünstige Absichten gegen den preussischen Erbfeind bestimmten die ablehnende Haltung der

österreichischen Politik, als vielmehr die polnischen und die türkischen Eroberungspläne des Zaren.

Am 24. Februar 1812 wurde das Bündnis mit Frankreich geschlossen. Es war den preussischen Unterhändlern nicht gelungen, die Oktoberbedingungen Napoleons wesentlich zu ermäßigen. Es blieb beim Schutz- und Trugbündnis für alle europäischen Kriege; nur in Spanien, in Italien und in der Türkei brauchte Preußen keine Hilfstruppen zu liefern. Für den Krieg gegen Rußland stellte es die Hälfte seines Heeres, 20 000 Mann mit 60 Geschützen unter den Befehl Napoleons; der anderen Hälfte wurden bestimmte Garnisonen angewiesen, zum Teil auch unter französischem Befehl. Jede Aushebung, jede Truppenansammlung, jede militärische Bewegung war verboten, es sei denn in Übereinstimmung mit Frankreich. Der ganze Staat mit Ausnahme der Stadt Potsdam und der größeren Hälfte von Schlesien stand den französischen Truppen offen; ihre Generale sollten sich zwar nicht in die bürgerliche Verwaltung mischen, aber zu ihrem Amtskreise gehörten die Requisitionen, die Lieferungen, die Polizei, die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Interesse der Armee. Auch sollten die Lieferungen an Kriegsbedürfnissen und Lebensmitteln, zu denen sich Preußen in weitem Umfang verpflichtete, auf den noch fälligen Rest der Kriegskontribution angerechnet werden, aber das wollte bei den bekannten Rechenkünsten der französischen Intendanten ebensowenig besagen wie die Landentschädigung, die dem preussischen König für den Fall des Sieges in unbestimmten Wendungen zugesichert wurde.

Gardenberg war gewandt genug gewesen, sich rechtzeitig vom russischen Bündnis loszusagen, allein die Führer der Kriegspartei waren unmöglich geworden, nachdem das Bündnis mit Frankreich abgeschlossen worden war. Scharnhorst, Gneisenau und Boyen nahmen ihren Abschied; Gneisenau ging nach England, Boyen nach Rußland, Scharnhorst aber blieb in Preußen in dem neutralen Gebiet Schlesiens und, wie übrigens auch Gneisenau, in einer gewissen Verbindung mit Gardenberg. Für Scharnhorst ist es von entscheidender Bedeutung geworden, daß er im preussischen Staate ausharrte; wäre er ins Ausland gegangen, so wäre er im Jahre

1813 schwerlich zurückgerufen worden. In dem König kochte fortwährend ein geheimer Groll gegen den Reorganisator des preussischen Heeres, und die franzosenfreundliche Partei am Hofe wurde auch jetzt noch nicht müde, ihn mit läppischen Verleumdungen zu verfolgen.

Ob seine und seiner Freunde Insurrektionspläne ausführbar gewesen wären, ist eine viel umstrittene Frage. Sie waren es jedenfalls nicht mit diesem König, diesem Minister, diesem Bundesgenossen und auch wohl nicht mit diesem Heere. Daß einige hundert Offiziere aus Empörung über das französische Bündnis aus dem preussischen Heere geschieden sein sollen, ist eine Legende, die Mag Lehmann schon vor Jahrzehnten widerlegt hat; es sind ihrer etwa zwanzig gewesen, und darunter nur drei Stabsoffiziere.

Sehr merkwürdig ist auch die Antwort, die Gneisenau und Scharnhorst der englischen Regierung gaben, als diese sie auffordern ließ, über den Kopf des Königs das Heer in den Krieg gegen Frankreich zu reißen. Sie wären wohl die Männer auch für diesen Plan gewesen, aber sie erklärten, die Sache sei unmöglich; die große Mehrzahl der Offiziere sei sogar dem Bündnis mit Frankreich nicht abgeneigt; viele sähen die Gelegenheit gar nicht ungern, ihren Haß gegen die Russen zu befriedigen und unter so geschickten Führern, wie die napoleonischen Generale seien, das Kriegshandwerk zu lernen.

11. Der russische Feldzug.

Im Frühling des Jahres 1812 waren die Dinge reif für die Entscheidung durch das Schwert.

Rußland schaffte sich durch den Frieden von Bukarest, der ihm immerhin ein tüchtiges Stück Land sicherte, die Türken vom Hals; mit Schweden, dem es Finnland geraubt hatte, schloß es sogar ein Bündnis. Schwedischer Thronfolger war der ehemalige französische Marschall Bernadotte, der sich Norwegen statt Finnlands und für den Fall, daß Napoleon gestürzt würde, sogar die französische Krone versprechen ließ. Auch mit England schloß der Zar offiziell Frieden, und sogar mit den spanischen Insurgenten knüpfte er an. Endlich berief er den Freiherrn vom Stein an seinen Hof, um Deutschland zu insurgieren.

Alles das waren aber mehr oder minder Fragen zweiter Ordnung. In der Hauptsache kam es auf die russischen Rüstungen an, und sie konnten nur geringes Vertrauen erwecken. Das Heer, das die Grenze decken sollte, belief sich höchstens auf 180 000 Mann. Auch war der Zar weit entfernt von den genialen Feldzugsplänen, die ihm später angegedichtet worden sind; er ließ sich vielmehr von dem General Bhuill, einem methodischen Lüftler, der vor Jena schon großes Unheil im preussischen Heere angerichtet, aber gleichwohl das Vertrauen des Zaren gewonnen hatte, den unsinnigen Gedanken einreden, in einem verschänzten Lager bei Drissa die russische Streitkraft zum siegreichen Widerstand zu konzentrieren. Bhuill dachte dabei teils an das Lager von Bunzelwitz aus dem Siebenjährigen Kriege, teils an die Linien von Torres Vedras. Namentlich diese Linien übten damals eine faszinierende Wirkung aus, nur daß ihre Reflexwirkung sich bei Scharnhorst und seinen Freunden in verständiger, bei Bhuill in unverständiger Weise äußerte. Dem Lager von Drissa fehlte alles, was die Linien von Torres Vedras unüberwindlich machte: die nur mäßige Überlegenheit des Feindes, das Meer als Stützpunkt und als Reserve eine das Meer beherrschende Flotte.

Um so besser war Napoleon gerüstet. Auch er gewann noch einen Verbündeten in Oesterreich, das für seine Unterstützung — 30 000 Mann und 60 Geschütze — ungleich günstigere Bedingungen erhielt, als Preußen erhalten sollte. Doch war von diesem Bundesgenossen kaum mehr zu erwarten als im Kriege von 1809 vom russischen Bundesgenossen. Die entscheidende Kraft Napoleons lag in der gewaltigen Heeresmasse, die er aus Frankreich und den von ihm abhängigen Ländern (Rheinbund, Italien, Schweiz, Warschau) aufzubieten verstand. Sie belief sich auf 619 000 Mann, von denen auf die eigentliche Operationsarmee 467 000 Mann kamen. Am 29. Mai gab Napoleon von Dresden aus, wo er noch einmal Heerschau über seine deutschen Vasallen gehalten hatte, den Befehl zum Vormarsch. Die ersten Opfer des Krieges wurden die preussischen Provinzen. Sie verloren durch den Marsch der französischen Armee nach einer Rechnung des preussischen Finanzministeriums noch mindestens 140 Millionen Franken über den Rest der fälligen Kontribution hinaus, nach einer Rechnung Hardenbergs selbst zwar nur 94 Millionen Franken über den Rest der Kontribution, aber daneben erlitten sie einen Schaden von 309 Millionen Franken. Diese Rechnungen mögen mehr oder weniger übertrieben sein; sicher ist, daß die preussischen Provinzen noch einmal aufs grausamste verheert wurden.

Am 23. Juni überschritt das französische Heer den Niemen. Die Russen hatten ihre Truppen in zwei Heere geteilt, von denen das eine unter Barclay de Tolly sich langsam bis ins Lager von Drissa zurückziehen, das andere unter Bagration den einmarschierenden Feind in Flanken und Rücken beunruhigen sollte. Vor den französischen Heeresmassen zerfiel dieser Operationsplan in sich selbst; die russischen Heere mußten, um nicht sofort erdrückt zu werden, sich auf einem schleunigen Rückzug ins Innere des Reiches zu vereinigen suchen, was ihnen erst in Smolensk gelang. Das Lager bei Drissa verschwand wie ein Phantom, sobald die Dinge ernsthaft wurden. Erst in Smolensk konnte man an eine Schlacht denken; auch kam es hier zu heftigen Kämpfen, aber Barclay de Tolly wich, im Angesicht einer sicheren Niederlage, der letzten Entscheidung aus und setzte den Rückzug fort, bis er

ein Schlachtfeld fände, wo er mit einiger Aussicht auf Erfolg kämpfen könnte.

Dieser Rückzug erfolgte unter heftigem Geschrei über den Verrat des heiligen Rußlands durch die „Deutschen“, die sich in der Umgebung des Zaren befanden; Barclay selbst war der Sohn eines protestantischen Pfarrers in Livland. In seinem eigenen Hauptquartier war der Lärm am lautesten; an der Spitze der Unzufriedenen stand der eigene Bruder des Zaren, der Großfürst Konstantin. Keiner der Schreier ahnte, daß der Rückzug tatsächlich die Rettung Rußlands war. Von dieser Erkenntnis waren freilich auch Barclay und der Zar weit entfernt. Barclay war kein genialer Feldherr, aber ein tüchtiger General; er wollte nur nicht mit der unfehlbaren Aussicht auf eine Niederlage kämpfen, und der Zar, dem endlich eine Ahnung von der wirklichen Gefahr aufgegangen war, suchte ihn zu halten. Aber der allgemeine Untwille über den russischen Rückzug war so allgemein, das Geschrei über den „Verrat“ der Deutschen so heftig, daß der Zar gezwungen war, den Oberbefehl an einen Nationalrussen zu übertragen, den Feldmarschall Kutusow, einen abgelebten und unfähigen Greis, dessen militärische Eigenschaften der Zar selbst sehr gering einschätzte. Am 7. September versuchte Kutusow sein Heil bei Borodino und verlor das Spiel; wenn diese grauenvolle Schlacht immerhin noch zu einer ehrenvollen Niederlage der Russen wurde, so war es das Verdienst Barclays, nicht Kutusows, der hinter der Schlachtlinie zechte und die Unverschämtheit besaß, dem Zaren einen angeblichen Sieg zu melden. Die Antwort darauf gab am 14. September der Einzug Napoleons in Moskau.

Aber auch Napoleon gab sich einer gewaltigen Täuschung hin, wenn er nunmehr an sein Ziel gelangt zu sein glaubte. Schon vom ersten Tage seines Einmarsches in das eigentliche Rußland begann die innere Auflösung seines gewaltigen Heeres. Die französischen Truppen fanden alles verödet, die Dörfer leer und verlassen: nicht auf Befehl der Regierung, wie die Franzosen meinten, sondern aus der Vorstellung heraus, die das russische Landvolk vom Wesen des Krieges hatte. Das innere Rußland war lange von keinem Feinde heimgesucht worden, und in der Vorstellung der Bauern lebte nur

die Erinnerung an das Brennen und Sengen, das Morden und Rauben von Tatarenhorden. Wie ihre Vorfahren vor diesen geflohen waren, so flohen sie vor den Franzosen. In ihren hölzernen Hütten, die sie in kurzer Zeit wieder aufzubauen mußten, lag ihnen wenig; was ihnen von wirklichem Werte war, ihre Ernte und ihr Vieh, retteten sie durch die Flucht.

Dadurch geriet das französische Heer von vornherein in die größten Verpflegungsschwierigkeiten, trotz aller noch so gewaltigen und umsichtigen Vorkehrungen, die Napoleon auch in dieser Beziehung getroffen hatte. Das Marodieren und Plündern begann sehr frühzeitig, und damit auch die Zerrüttung der militärischen Disziplin. Und jeder Marsch vorwärts steigerte das Unheil. Je mehr der Rückzug des russischen Heeres seine Widerstandskraft zu lähmen schien, um so mehr wuchs der Raum als ein unüberwindliches Element der russischen Macht. Früher als Kaiser und Zar erkannte Scharnhorst den historischen Charakter des russischen Feldzugs; er meinte, Napoleon müsse an den großen Dimensionen des russischen Reiches zugrunde gehen, wenn Rußland diese gehörig ins Spiel bringe und unter keinen Umständen sich zu einem Frieden bequeme.

Auf den Frieden setzte Napoleon seine einzige Hoffnung, nachdem er in Moskau eingezogen war. Seine Streitkräfte waren schon arg zusammengeschmolzen; die Schlacht bei Borodino hatte er nur noch mit etwa 120 000 Mann geschlagen. Er sandte seine Botschaften nach Petersburg, aber er bedachte nicht, daß nicht jener Zar, den er schon zweimal, nach der Schlacht bei Austerlitz und nach der Schlacht bei Friedland, elend hatte zusammenklappen gesehen, über den Frieden zu entscheiden hatte, sondern die russische Nation. Und wessen diese Nation fähig war, hätte ihn der Brand von Moskau lehren sollen. Was den Zaren standhaft machte, war nicht der eigene Geldmuth, von dem er nichts besaß, auch nicht der Freiherr vom Stein, wie der deutsche Patriotismus sich gerne einreden möchte, sondern das Schicksal seines Vaters und seines Großvaters.

Nachdem Napoleon nahezu fünf Wochen in Moskau zwecklos vertrödelte hatte, mußte er am 19. Oktober den unver-

meidlichen Rückzug antreten. Er wurde dabei durch einen ungewöhnlich milden und warmen Herbst begünstigt; noch im November war der Frost gelinde. Erst am 4. Dezember stieg die Kälte auf 16, an den folgenden Tagen auf 18 bis 24, am 8. auf 28 Grad. Sie hat dem innerlich schon völlig zerrütteten Heere nur den letzten Stoß gegeben und die letzten Spuren der Disziplin aufgelöst. Seit der Mitte Dezember durchzogen die Schatten der Großen Armee in langen, todesstillen Zügen das von ihr vor einem halben Jahre grausam ausgeplünderte Ostpreußen, ungeordnete Haufen aller Nationen und Truppengattungen, ein wüstes Gespensterheer, Gestalten, die dem Grabe entstiegen zu sein schienen, zu Skeletten abgemagert, viele verstümmelt oder mit erfrorenen Gliedern, leichenfarbenen Gesichtern, mit blutunterlaufenen, erloschenen Augen, manche fast erblindet oder blödsinnig, in Lumpen, Pferdebedecken, Schafpelze, Tierhäute gehüllt, fast alle entwaffnet, die meisten an Krücken und Stöcken einhumpelnd. „Seit zwei Tagen,“ so berichtete der Präsident Auerswald am 18. Dezember aus Königsberg nach Berlin, „sind größtenteils zu Fuß oder auf Bauernschlitten, ausgeplündert, mitunter ohne Hemden und Stiefel, sogar in Winterkleidern, mit erfrorenen Gliedern angekommen: 84 Generale, 106 Obristen, 1171 Offiziere; alle Gemeine, die die Provinz in allen Richtungen truppweise und einzeln durchziehen, sind größtenteils entwaffnet.“ Und drei Tage später: „Nach dem Rapport sind in Königsberg noch befindlich 255 Generale, 699 Obristen, 4412 Kapitäns und Deutnants, 26 950 Unteroffiziere und Gemeine, fast alle im erbärmlichsten Zustand.“ Aus diesen kurzen Berichten schon blickt eine sehr bezeichnende und sehr folgenreiche Tatsache hervor: die verhältnismäßig große Zahl von Offizieren und Unteroffizieren, die sich aus dem furchtbaren Schiffbruch des französischen Heeres gerettet hatten. Damit war für Napoleon die Möglichkeit gegeben, bei seinen noch immer unermesslichen Hilfsquellen verhältnismäßig schnell neue Heere zu schaffen; und diese Möglichkeit hatte ihm die klägliche Kriegführung der Russen verschafft. Kutusow wagte nicht, den Stier bei den Hörnern zu packen, selbst dann noch nicht, als der Stier schon bis auf den Tod verwundet war; er ver-

säumte bei Krasnoi, bei Wiasma das feindliche Heer bis auf den letzten Mann aufzuheben, und die Führer der Seitenheere, der Admiral Tschitschagow und der General Wittgenstein, machten es nicht besser; selbst an der Beresina trug Napoleon mit den elenden Resten seines Heeres noch in den letzten Novembertagen eine Art Sieg davon.

In diesem Zusammenhang mag auch erwähnt sein, daß die deutsch-russische Legion, die Freiherr vom Stein als Kern eines künftigen deutschen Heeres zu organisieren bemüht war, nicht gedeihen wollte. Sie blieb ein unglückliches Zwittergeschöpf und ist auch nie mehr geworden. Stein hatte sich Ernst Moritz Arndt kommen lassen, einen deutschen, ihm in halb mittelalterlichen und halb modernen Anschauungen kongenialen Patriot, und sie schmiedeten gemeinsam Pamphlete, um die rheinbündlerischen Soldaten im französischen Heere zum Abfall zu verleiten. Arndt verstand es trefflich, die biblische Sprache nachzuahmen, und was er in seinem „Kurzen Katechismus für deutsche Soldaten“ über die moralische Bedingtheit des Fahneneids sagte, ist trefflichste Weisheit, die heute noch nicht auf Märkten und Gassen des neudeutschen Reiches gepredigt werden darf, ohne auf Hochverrat und Majestätsverbrechen angeklagt zu werden. Schade nur, daß sie im Jahre 1812 unter Bäterchens Schutz verkündet und schon ein Jahr darauf durch ihren Verkünder schamhaft verleugnet wurde!

Hatte Napoleon sich aus dem großen Zusammenbruch noch die Mittel und Möglichkeiten gerettet, rasch neue Heere zu bilden, so sah es damit auf russischer Seite um so trauriger aus. Denn das russische Heer war arg zusammengeschmolzen; es war nicht so völlig aufgelöst wie das französische, aber es bestand auch nur noch aus Krümmern, die unfähig waren, den Krieg über den Niemen hinaus zu führen, sobald sie auf einen ernsthaften Gegner stießen. Rechnete man selbst die Reste der Großen Armee für nichts, so ließen sich doch aus den Flügelheeren, von denen eines unter Macdonald in Kurland, das andere unter Schwarzenberg in Wolhynien, beide unter verhältnismäßig geringen Verlusten, gekämpft hatte, noch etwa 40 000 weaffenfähige Mannschaften zusammenraffen, meist Polen und Rheinbündler; die Festungen der

Weichsel- und Oderlinie waren von 70 000 Franzosen besetzt, und in der Mark Brandenburg standen noch, oder trafen demnächst ein, über 20 000 Mann. Es gibt wenig dreiflere Gesichtsklügen als die Behauptung, daß der Zar als „Befreier der Deutschen“ am Niemen erschienen sei; er befand sich in noch mißlicherer Lage als Napoleon, da er aus finanziellen und räumlichen Rücksichten nicht gleich schnell neue Heere schaffen konnte. Dazu hatte er noch einen besonderen Klotz am Bein, da eine starke Partei seines Heeres, mit Kutusow an der Spitze, sich dagegen sträubte, den Krieg über die russische Erde hinauszutragen.

Nicht bei ihm lag die Entscheidung, sondern bei den Polen und Preußen, an deren Grenzen er nunmehr stand. Sie waren Napoleons Verbündete gewesen, und die Polen hielten auch jetzt an der französischen Sache fest. So entwickelte der Zar eine überfließende Bärtlichkeit für die Wiederherstellung des preussischen Staates, die als solche in Berlin gewiß nicht zu rühren brauchte. Aber auch von den heroischen Entschlüssen, die man im eigenen Interesse hätte fassen sollen, blieb man in Berlin weit entfernt. Der König und Hardenberg waren über die furchtbare Niederlage Napoleons vollkommen durch die Berichte der ostpreussischen Beamten unterrichtet, ja durch Napoleon selbst, der am 5. Dezember sein Heer verlassen hatte und am 14. Dezember von Dresden aus den König gebeten hatte, das preussische Hilfskorps auf 30 000 Mann zu verstärken. Allein bei alledem war die Angstmeierei im König und seiner Umgebung oben auf, und selbst Hardenberg wußte nichts Besseres zu tun, als in erster Reihe jeden leidenschaftlichen Ausbruch der Massen zu hindern und dann mit dem Wiener Kabinet diplomatisch über eine bewaffnete Vermittlung zwischen Frankreich und Rußland zu verhandeln.

Da aber geschah es, daß die kühne Tat eines preussischen Junkers dem Könige und seinem Minister die Entscheidung über den Kopf wegnahm.

12. Die Konvention von Tauroggen.

Beim Abschluß des Bündnisses am 24. Februar 1812 hatte Napoleon als Befehlshaber des preussischen Hilfskorps den General Grawert bezeichnet, der wegen seiner Franzosenfreundschaft bekannt war. Man konnte sich diesem Wink nicht verweigern, jedoch unter Berufung auf das Alter und die Kränklichkeit Grawerts hatte Scharnhorst noch im letzten Augenblick durchgesetzt, daß ihm General York als zweiter Befehlshaber beigegeben wurde.

Es war eine Wahl, die der Menschenkenntnis Scharnhorsts alle Ehre machte. York hatte zu den gehässigsten und giftigsten Gegnern der Reformpartei gehört und war frei von dem Verdacht, mit den „Kraftgenies“ und „Phantasten“ vom Schlage Gneisenaus irgend etwas gemein zu haben. Er ist immer ein Soldat der alten Schule geblieben, aber ein fähiger und tüchtiger Soldat, der sich mit den Reformen, soweit sie in sein Fach einschlugen, doch allmählich befreundet hatte. Seine Abstammung von dem englischen Adelsgeschlecht der Yorks ist ihm von wohlwollenden Biographen zurechtgemacht worden; er entstammte dem kleinen kassubischen Adel, der zahllos war wie Sand am Meere. Seine Mutter hatte einen Handwerker zum Vater, und, ganz ohne Nr und Galm, blieb York bei aller junkerlichen Gesinnung doch frei von der niedrigen Gabsucht, die so viele Junker sich mit der Fremdherrschaft befreundet ließ. In erster Reihe Offizier, haßte er die Franzosen, die den Ruhm der preussischen Fahnen so tief gedemüthigt hatten. Er war ganz der Mann, das preussische Hilfskorps gut zu führen und ihm doch innerhalb des französischen Heeres eine gewisse Selbständigkeit zu sichern.

In beiden Beziehungen erfüllte York, da Grawert bald zurücktreten mußte, alle Erwartungen, die Scharnhorst auf ihn gesetzt hatte. Die preussischen Truppen bildeten die Hälfte des zehnten Armeekorps, das unter dem Marschall MacDonald in den russischen Ostseeprovinzen einen an sich wenig bedeutenden Nebenkrieg führte, einen „Krieg der Brücken-

köpfe“, wie Macdonald selbst spottete. Aber die treffliche Manneszucht, die York hielt, und das hervorragende Geschick, das er in mehreren kleinen Gefechten bewies, gewannen auch die Achtung der Franzosen, und nur wegen Verpflegungsschwierigkeiten kam es zu Mißhelligkeiten zwischen Macdonald und York. Sie übten jedoch auf den Gang der Dinge keinen entscheidenden Einfluß, ebensowenig wie die Verhandlungen, die erst der General Essen, dann der Marquis Bontucci als Gouverneure von Niga mit York wegen Übertritts zu den Russen anzuknüpfen versuchten.

Erst als sich das Unheil übersehen ließ, das die Große Armee Napoleons betroffen hatte, konnte es in der That zweifelhaft erscheinen, ob der König bei dem französischen Bündnis bleiben wolle. York, der die peinlichsten Begriffe von militärischer Disziplin hatte, hielt den König durchaus auf dem laufenden; er sandte Adjutanten über Adjutanten nach Berlin, um über die Anerbietungen Essens und Bontuccis, über sein Zermwürfnis mit Macdonald, über den Untergang des französischen Heeres zu berichten und um bestimmte Verhaltensbefehle zu bitten. Aber er bekam nur Drakelsprüche zur Antwort in dem Stil des Königs, der die deutsche Sprache nur stammelnd zu handhaben mußte: „Nach den Umständen handeln! Napoleon großes Genie sein! Nicht über die Schnur hauen“, woraus kein Teufel klug werden konnte.

Um nicht abgeschnitten zu werden, mußte Macdonald am 18. Dezember seinen Rückzug auf Tilsit antreten. Er selbst brach an diesem Tage mit der Division Grandjean auf, die aus Polen und Rheinbündlern bestand und die andere Hälfte seines Korps bildete, York folgte mit dem preussischen Heerhaufen am 20. Dezember. Es war ein entsetzlicher Marsch bei 23 und 24 Grad Kälte, furchtbar schlechten, mit Glatteis bedeckten, später verschneiten Wegen! Da York den ganzen Train mit sich zu schleppen hatte, der alle Augenblick ins Stocken geriet, so blieb er bald mehrere Tagesmärsche hinter Macdonald zurück, während ihn vom Rücken und der Seite her russische Truppen zu bedrängen begannen. Am Weihnachtsabend fand er seine Straße durch russische Artillerie und Kavallerie gesperrt. Sie stand unter dem Befehl des Generals Diebitsch, der Preuße von Geburt und Er-

ziehung, in seinem Stabe zwei der zwanzig Offiziere hatte, die wegen des Bündnisvertrags mit Frankreich aus dem preussischen ins russische Heer übergetreten waren: Clausewitz und den Grafen Friedrich Dohna, von denen jener der Lieblingschüler, dieser der Schwiegersohn Scharnhorsts war. Diebitsch erbat eine Unterredung mit York, worin er kein Gehl daraus machte, daß er nicht stark genug sei, den preussischen Truppen völlig den Weg zu versperren, aber ihnen das Gepäck und selbst einen Teil der Geschütze abnehmen könne. Er schlug einen Neutralitätsvertrag vor, auf den York zunächst nicht einging. Man kam nur überein, in dieser Nacht nichts zu unternehmen. Am nächsten Tage wurden die Unterhandlungen fortgesetzt. Durch die Mitteilungen namentlich auch der beiden bis vor kurzem noch preussischen Offiziere gewann York die Überzeugung, daß sein guterhaltenes, wenn auch kleines Korps — es zählte noch 17 500 Mann, von denen 2500 allerdings krank oder verwundet waren — eine ungeahnte Bedeutung erlangt habe. blieb er bei den Franzosen, so waren sie stark genug, die russischen Truppen am Überschreiten der preussischen Grenze zu verhindern; wenn nicht, nicht.

Nach Überwindung mancher Schwierigkeiten und nach schwerstem Kampfe mit sich selbst schloß York am 30. Dezember 1812 in der Poscheruner Mühle bei Lauroggen eine Konvention mit Diebitsch ab, laut welcher er mit seinen Truppen ein für neutral erklärtes Gebiet zwischen Memel, Tilsit und dem Gaff beziehen sollte bis zur Entscheidung des Königs. Ziele diese Entscheidung dahin aus, daß die preussischen Truppen unter die französischen Fahnen zurückkehren sollten, so verpflichteten sie sich, bis zum 1. März nicht gegen die Russen zu fechten. Es waren lauter Preußen, die den Vertrag abschlossen; Diebitsch war von Clausewitz und Dohna, York von seinem Stabschef Röder und seinem Adjutanten Seydlitz begleitet.

Clausewitz, der sonst nicht gut auf York zu sprechen war, nennt die Konvention von Lauroggen eine der kühnsten Handlungen, die in der Geschichte vorgekommen seien. Mindestens gehört sie zu den kühnsten Handlungen der preussischen Geschichte. Wider den Willen des Königs, der sich zudem

in der Gewalt der Franzosen befand, fiel York von den Franzosen ab, um eigenmächtig die Politik des Staates zu bestimmen. Man hat lange behauptet, angeblich um die Ehre des preussischen Heeres zu retten, daß York nach einer geheimen Instruktion des Königs gehandelt habe, doch geben heute auch die preussischen Historiker zu, daß kein Wort davon wahr ist. Nach ihrer Ansicht hat der König mit seinen Drakelsprüchen an die Adjutanten Yorks gerade eine solche Konvention, wie sie der General schloß, eine Konvention mit politischen Konsequenzen, verbieten und nur eine rein militärische Konvention, etwa wegen Vermeidung unnützen Blutvergießens, von der nach Lage der Dinge überhaupt nicht die Rede sein konnte, unter Umständen gestatten wollen. Dann hätten die konfuse Worte des Königs allerdings auf gleicher Höhe mit seiner konfusen Einbildung gestanden.

York selbst wußte, daß er um seinen Kopf spielte. In dem Briefe, worin er dem König den Abschluß der Konvention meldete, sprach er es offen aus. Insoweit nennt Friedrich Köppen, der Jugendfreund von Karl Marx, den „Verrat“ Yorks eine formell klassische Tat, da sie der Regierung den Weg offen hielt, sich durch Verurteilung des Urhebers aller Verantwortlichkeit und Verlegenheit zu entziehen. In der Tat suchte der König auf diesen Weg zu tappen, aber er stand ihm doch nur formell offen. Denn tatsächlich hatte ihn die Konvention von Taurroggen versperrt, indem sie die Kugel ins Rollen brachte.

☞ Kleine Bibliothek. ☜

- Nr. 1. Braun, Ad., Die Tarifverträge und die deutschen Arbeiter.
 Nr. 2. Escherewanin, A., Das Proletariat und die russische Revolution.
 Nr. 3. Rautsky, Karl, Die Klassengegensätze in der französischen Revolution.
 Nr. 4. Gorter, H., Der historische Materialismus. Aus dem Holländischen übersetzt von Anna Pannekoek.
 Nr. 5. Dunder, Käthe, Die Kinderarbeit und ihre Bekämpfung. Zweite, durchgesehene Auflage.
 Nr. 6. Volkswirtschaftliche Grundbegriffe. Leitfaden für Unterrichtskurse von Dr. Hermann Dunder. Zweite Auflage.
 Nr. 7. Plechanow, G., Die Grundprobleme des Marxismus. Autorisierte Uebersetzung von Dr. M. Nachimson.
 Nr. 8. Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie. Von Friedrich Engels. Mit Anhang: Karl Marx über Feuerbach. Vom Jahre 1845. Fünfte Auflage.
 Nr. 9. Linke, Felix, Ist die Welt bewohnt?
 Nr. 10. Reih, Dr. Adolf, Die Bakterien. Eine Einführung in das Reich der Mikroorganismen.
 Nr. 11. Woldt, Richard, Der industrielle Großbetrieb. Eine Einführung in die Organisation moderner Fabrikbetriebe.
 Nr. 12. Rautsky, Karl, Parlamentarismus und Demokratie.
 Nr. 13. Frank, Dr. Ludwig, Die bürgerlichen Parteien des deutschen Reichstags. Historische Skizzen.
 Nr. 14. Linke, Felix, Kann die Erde untergehen? Betrachtungen über die kosmische Stabilität unseres Erdenlebens.
 Nr. 15. Bommelt, R., Die Geschichte der Erde. Erster Teil: Wie Berg und Tal entstehen. Kurzer Abriss der dynamischen Geologie.
 Nr. 16. Deutsch, Julius, Aus alten Tagen. Soziale Bilder aus der deutschen Vergangenheit.
 Nr. 17. Woldt, Richard, Das großindustrielle Beamtentum. Eine gewerkschaftliche Studie.
 Nr. 18. Hannah Lewin-Dorsch, Die Technik in der Arbeit. Das Feuer. Der Wohnungsbau.
 Nr. 19. Reih, Dr. Adolf, Die Chemie im Alltag.
 Nr. 20. Lipschütz, Dr. A., Die Arbeit der Muskeln.
 Nr. 21. Bommelt, R., Die Geschichte der Erde. II. Die Weltalter. Kurze Charakteristik der geologischen Perioden und Formationen.
 Nr. 22. Cunow, Heinrich, Die Technik in der Arbeit. II. Nahrungsbeschaffung und Ernährung.
 Nr. 23. Nihle, Otto, Grundfragen der Erziehung.
 Nr. 24. Cunow, Heinrich, Die Technik in der Arbeit. III. Entfaltung der Waffen. Körper Schmuck. Die Technik der Bekleidung.
 Nr. 25. Mehring, Franz, 1807 bis 1812: Von Stisf nach Taurroggen.

Der Preis jedes Bändchens ist broschiert 75 Pf., gebunden 1 Mk.

Aus der Kleinen Bibliothek:

1807 bis 1812

Von Eilsit nach Taurroggen

Von Franz Mehring.

1. Einleitung. 2. Der Friede von Eilsit. 3. Die agrarische Reform. 4. Die militärische Reform. 5. Der Septembervertrag von 1808. 6. Ein Sieg der Junker. 7. Die städtische Reform. 8. Der Krieg von 1809. 9. Das westfälische Bulletin. 10. Das französische Bündnis. 11. Der russische Feldzug. 12. Die Konvention von Taurroggen.

o o o

Sodann folgt:

1813 bis 1819

Von Ralisch nach Karlsbad

Von Franz Mehring.

1. Der Aufruf von Ralisch. 2. Landwehr und Landsturm. 3. Der Frühjahrsfeldzug. 4. Der Waffenstillstand. 5. Der Herbstfeldzug. 6. Der Winterfeldzug. 7. Der Friede von Paris. 8. Der Wiener Kongreß. 9. Die hundert Tage. 10. Der Deutsche Bund. 11. Die Karlsbader Beschlüsse. 12. Ergebnisse.

Mit kritischer Sichtung der überreichen Literatur, namentlich auch des archivalischen Materials, das in den letzten Jahrzehnten von bürgerlichen Forschern ans Tageslicht gefördert worden ist, schildert der Verfasser die preussisch-deutsche Geschichte von 1807 bis 1812, und in einem hier anschließenden Bande die Periode von 1813 bis 1819.

Sein Zweck war nicht nur, gegenüber der Jubiläumsliteratur, die gegenwärtig mit mehr oder minder gefärbten Darstellungen den Büchermarkt überschwemmt, ein getreues Bild der Ereignisse zu geben, sondern ebenso das historische Wesen des preussischen Staates den deutschen Arbeitern verständlich zu machen, deren Emanzipationskampf in diesem Staate den gefährlichsten und gehässigsten Gegner findet. Dazu eignet sich die Periode 1807 bis 1819 mehr als jeder andere Abschnitt der preussischen Geschichte.

Gesamt-Ausgabe des literarischen Nachlasses von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle. Herausgegeben von Franz Mehring. Erster Band: Von März 1841 bis März 1844. — Zweiter Band: Von Juli 1844 bis November 1847. — Dritter Band: Von Mai 1848 bis Oktober 1850. — Vierter Band: Briefe von Lassalle an Marx und Engels. — Alle vier Bände zusammen gebunden in engl. Leinwand 20 Mk.

Theorien über den Mehrwert. Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx. Herausgegeben von Karl Kautsky. Erster Band: Die Anfänge der Theorie vom Mehrwert bis Adam Smith. Preis broschiert 5,50 Mk., gebunden 6 Mk. — Zweiter Band, erster Teil: David Ricardo. Preis broschiert 4,50 Mk., gebunden 5 Mk. — Zweiter Band, zweiter Teil: David Ricardo. Preis broschiert 5 Mk., gebunden 5,50 Mk. — Dritter Band: Von Ricardo zur Vulgäroökonomie. Preis broschiert 7,50 Mk., gebunden 8 Mk.

Das ganze Werk komplett in vier Bänden kostet broschiert 22,50 Mk., in Leinen gebunden 24,50 Mk., in Halbfranzband 28,50 Mk.

Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. A. an J. A. Sorge und Andere. XVI und 422 Seiten. Preis broschiert 4 Mk., gebunden 5 Mk.

Die Briefe Marx' und Engels', die sich über einen Zeitraum von 28 Jahren erstrecken, zeigen uns die beiden Altmeister des modernen Sozialismus in ihrer geistigen Werkstatt, wir möchten sagen in Hemdsärmeln. Manches scharfe Wort wird geschrieben, mit und ohne Berechtigung, das bei manchem Anstoß erregen dürfte, aber überall bricht verständig die heisse Liebe durch für die arbeitende Klasse, der sie den Wegweiser schenken durch das Labyrinth der alten Gesellschaft in eine neuere, bessere Zukunft. — Jedem Buche ist die in der Neuen Zeit abgedruckte Besprechung von Dr. F. Mehring beigelegt.

Zur Kritik der politischen Ökonomie. Von Karl Marx. Herausgegeben von K. Kautsky. Dritte, durch eine Einleitung des Verfassers vermehrte Auflage. LII und 208 Seiten 8°. Preis gebunden 2 Mk.

Revolution und Kontre-Revolution in Deutschland. Von Karl Marx. Ins Deutsche übertragen von Karl Kautsky. Zweite Auflage. XXXII und 142 Seiten 8°. Preis gebunden 2 Mk.

Das Elend der Philosophie. Von Karl Marx. Deutsch von Eduard Bernstein und K. Kautsky. Mit Vorwort und Noten von Friedrich Engels. Vierte Auflage. XXXVI und 188 Seiten. Preis gebunden 2 Mk.

Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Von Ed. Bernstein. Preis broschiert 2 Mk., gebunden 3 Mk.

Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. Von Friedrich Engels. Sechste, unveränderte Auflage. Preis gebunden 3 Mk.
Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. Von Friedrich Engels. Zwölfte Auflage. Preis gebunden 1,50 Mk.

Der Ursprung des Christentums. Eine historische Untersuchung von Karl Kautsky. Preis broschiert 5 Mk., gebunden 5,75 Mk.

Vorläufer des neueren Sozialismus. Von Karl Kautsky. Zweite, durchgesehene Auflage. Erster Band: Kommunistische Bewegungen im Mittelalter. Preis broschiert 2,50 Mk., gebunden 3 Mk. Zweiter Band: Der Kommunismus in der deutschen Reformation. Preis broschiert 2,50 Mk., gebunden 3 Mk.

Karl Marx' Ökonomische Lehren. Von Karl Kautsky. Bierzehnte, durchgesehene Auflage. Preis gebunden 2 Mk.

Das Erfurter Programm. Von Karl Kautsky. Erste, durchgesehene Auflage. Preis gebunden 2 Mk.

Thomas More und seine Utopie. Von Karl Kautsky. Zweite, verbesserte Auflage. Preis broschiert 2,50 Mk., gebunden 3 Mk.

Ethik und materialistische Geschichtsauffassung. Von Karl Kautsky. Preis broschiert 1 Mk., gebunden 1,50 Mk.

Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft. Von Karl Kautsky. Preis broschiert 1,50 Mk., gebunden 2 Mk.

Die Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie. Von Franz Mehring. Dritte Auflage. Erster Band: Bis zur Märzrevolution. — Zweiter Band: Bis zum preussischen Verfassungskrieg. — Dritter Band: Bis zum Deutsch-Französischen Krieg. — Viertes Band: Bis zum Erfurter Programm. — Die neue Ausgabe ist in handlichem Format und auf holzfreiem Papier gedruckt. Alle vier Bände zusammen elegant gebunden 20 Mk.

Die Lessing-Legende. Zur Geschichte und Kritik des preussischen Despotismus und der klassischen Literatur. Von Franz Mehring. Dritte Auflage. Mit einem neuen Vorwort. Preis gebunden 3 Mk.

Sozialismus und Demokratie in der großen englischen Revolution. Von Ed. Bernstein. Zweite, durchgesehene, vermehrte und illustrierte Ausgabe. XVI und 367 Seiten. Preis broschiert 3,50 Mk., gebunden 4 Mk.

Babeuf und die Verschwörung für die Gleichheit. Von Ph. Buonarroti. Uebersetzt und eingeleitet von Anna und Wilhelm Bloß. Preis gebunden 2,50 Mk.

Die Lage der Arbeitenden Klasse in England

Nach eigener Anschauung und authentischen Quellen
von Friedrich Engels.

Dritte Auflage. Preis gebunden M. 2.50.

Die erste Auflage dieses hochinteressanten Werkes erschien im Jahre 1845. Das Buch bildet gewissermaßen die erste Stufe der „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“; der Autor sagt in seiner Vorrede zur zweiten Auflage darüber: „Es wird wohl kaum nötig sein zu bemerken, daß der allgemeine theoretische Standpunkt dieses Buches — in philosophischer, ökonomischer und politischer Beziehung — sich keineswegs genau deckt mit meinem heutigen Standpunkt. Im Jahre 1844 existierte der moderne internationale Sozialismus noch nicht, der seitdem, vor allem und fast ausschließlich durch die Leistungen von Marx, zu einer Wissenschaft ausgebildet worden. Mein Buch repräsentiert nur eine der Phasen seiner embryonalen Entwicklung. Und wie der menschliche Embryo in seinen frühesten Entwicklungsstufen die Kriechenbögen unserer Vorfahren, der Fische, noch immer reproduziert, so verrät dies Buch überall die Spuren der Abkammung des modernen Sozialismus von einem seiner Vorfahren — der deutschen klassischen Philosophie.“

Die Geschichte des Britischen Trade Unionismus

Von Sidney und Beatrice Webb.

Deutsch von R. und E. Bernstein.

Zweite Auflage. Preis gebunden M. 4.—

„Ein höchst wertvoller Beitrag zu der Geschichte, der Politik und der Industrie.... Das Buch wird, davon sind wir überzeugt, eines unserer klassischen Werke werden. Es ist ein Vorratshaus, aus dem noch viele Jahre hindurch der Lernende sich Nachweise, der Politiker Anklagen und der Welse Beispiele, Warnungen und Aufmunterung holen wird.“
„Westminster Gazette“, 1. Mai 1894.

„Obwohl niemand uns im Verdacht haben wird, wir sympathisierten mit dem Standpunkt von Herrn und Frau Sidney Webb, erkennen wir doch gern den Fleiß an, den sie auf ihr Werk verwendet haben, und die Durchsichtigkeit der Anordnungen und Verwendung des Materials, wodurch ihr Buch eine vollständige Übersicht des Trade Unionismus von seinen mittelalterlichen Anfängen bis zu seinen jüngsten Stadien geworden ist.... Kurz, Herrn und Frau Webbs Buch ist, von ihrem Standpunkt aus, ein Meisterwerk, und selbst jene, die nicht im geringsten ihren Voraussetzungen zustimmen, können nicht achtlos an den Tatsachen und Ziffern vorbeigehen, die sie gesammelt.“
„Times“, 5. Mai 1894.

Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine

Von Sidney und Beatrice Webb.

Deutsch von C. Hugo.

Inhalt: Erster Band. Erster Teil: Der Bau der Gewerkvereine. — Zweiter Teil: Die Funktionen der Gewerkvereine.

Zweiter Band. Zweiter Teil: Die Funktionen der Gewerkvereine. (Fortf.) —
Dritter Teil: Die Theorie der Gewerkvereine.

Zweite Auflage. Preis des Bandes gebunden M. 4.—

„Das Ehepaar Sidney und Beatrice Webb hat seinen früheren Arbeiten über die Gewerkvereine ein zweibändiges Werk folgen lassen: Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine (Industrial Democracy), das im Gegensatz zu den bisherigen Werken derselben Verfasser über die äußere Erscheinung der Vereine, vorwiegend deren inneres Wesen behandelt. Herr und Frau Webb sind gegenwärtig die anerkanntesten Schriftsteller über Gewerkvereine, und ihre neueste Veröffentlichung wird nicht verfehlen, die Aufmerksamkeit weiterer Kreise in Deutschland zu erregen. So viele Tatsachen wie in dem neuen Buche sind über den Gegenstand nirgends zusammengetragen worden, es ist das Werk einer sechsjährigen Forschung, die von Frau Webb, geborene Potter, nach berühmten Mustern betrieben wurde, von ihrem Gatten seinerseits durch Betätigung an der demokratischen Vereinsarbeit.“
„Kölnische Zeitung“, Nr. 96, 5. Januar 1898.

Die Geschichte der englischen Arbeit

Von J. E. Thorold Rogers.

Autorisierte Übersetzung von Max Pannwitz.

Revidiert von K. Kautsky.

Zweite Auflage. Preis gebunden M. 4.—

„Es ist dankbar zu begrüßen, daß das bekannte Buch Rogers' „Six Centuries of Work and Wages“ durch die vorliegende Übersetzung weiteren Kreisen des deutschen Lesepublikums zugänglich gemacht wird. Rogers schildert darin die Entwicklung der englischen Arbeiterklasse von den Anfängen historischer Kenntnis bis auf die Gegenwart, doch beschränkt er sich nicht darauf, einzig und allein die Arbeiterverhältnisse darzustellen, sondern er beschreibt auch eingehend das gesamte Milieu, aus dem sie hervorgegangen sind.“
„Frankfurter Zeitung“, Nr. 518, 15. November 1896.